

04.07



DEUTSCHLAND-RUNDBRIEF

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

Energiepflanzen: Folgen für die Agrarökologie
Neue Stadtnatur auf alten Industrieflächen
Gesetzentwurf zur Bahnprivatisierung
CO₂: Die neue Endlager-Debatte

und weitere Beiträge zu Naturschutz- und Umweltpolitik auf Bundesebene

DEUTSCHLAND-RUNDBRIEF

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

Deutschland-Rundbrief

Naturschutz- und Umweltpolitik
auf Bundesebene
Jahrgang 13 (2007), Heft 04
ISSN 1861-0048

Herausgeber

Deutscher Naturschutzring,
Dachverband der deutschen Natur- und
Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

Geschäftsstelle Bonn

DNR, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
eMail: info@dnr.de, Internet: www.dnr.de

Redaktion, Geschäftsstelle Berlin

Matthias Bauer (mb), Marion Busch (mbu),
Franziska Heinrich (fh), Manja Treue (mt),
Mitarbeit: Annette Littmeier (al)
DNR, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin
Tel. 030 / 443391-82
eMail: matthias.bauer@dnr.de
Internet: www.dnr.de/publikationen

Abonnement

Abo-Verwaltung: Thomas Kreuzberg,
Geschäftsstelle Bonn (s. o.)
eMail: thomas.kreuzberg@dnr.de
Preise/Bestellen: siehe 3. Umschlagseite

Technik

Satz: DNR Redaktionsbüro, Berlin
Druck: Druckerei Eberwein, Bonn

Gastbeiträge

Artikel aus Verbänden und Forschung
sind willkommen. Die Redaktion behält
sich Kürzung und Bearbeitung vor. Für
unverlangt eingesandtes Material keine
Haftung. Namentlich gezeichnete Beiträge
geben nicht unbedingt die Meinung der
Redaktion/des Herausgebers wieder.
Redaktionsschluss: 20. des Vormonats.

Copyright

Die Urheberrechte liegen beim Herausgeber.
Einzelne Artikel können nachgedruckt
werden, wenn die Quelle angegeben wird.

Förderhinweis

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundes-
umweltministerium gefördert. Die Förderer
übernehmen keine Gewähr für die Richtig-
keit, Genauigkeit und Vollständigkeit der
Angaben sowie für die Beachtung der
Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten
und Meinungen müssen nicht mit denen
der Förderer übereinstimmen.

Atomkraft führt nicht aus der Klimafalle

Liebe Leserinnen und Leser,

am 26. April 1986 wurde das Hypothetische Realität. Die Katastrophe von Tschernobyl machte ein Gebiet von der Größe Hessens für Generationen unbewohnbar, Tausende, wenn nicht Zehntausende starben. Auf die „friedliche Nutzung der Kernenergie“ zu verzichten war und ist in Deutschland und den meisten Nationen der Erde seither Mehrheitswille. Doch die kluge Einsicht der Völker stand immer unter einem medialen Trommelfeuer derjenigen, die von der Kernspaltung profitieren. Das ist jetzt wieder so. Arbeitsplätze, Strompreise, Versorgungssicherheit, Klimaschutz: Die Argumente für die Fortführung der Hochrisikotechnologie sind so beliebig wie die wahren Gründe einseitig: Jeder abgeschriebene Reaktor schleust jedes Jahr 200 bis 400 Millionen Euro Extraprofite in die Kassen der Konzerne. Nur sprechen die Manager statt über Milliarden Gewinne lieber über Klimaschutz und Versorgungssicherheit.

Sind die ältesten Atommeiler in Deutschland, deren Betrieb nun verlängert werden soll, sicherer als der im schwedischen Forsmark? Natürlich nicht. Doch dort im Norden ereignete sich im letzten Sommer ein Störfall, der uns einem zweiten Tschernobyl so nah brachte wie kein anderer zuvor. Bis heute weiß niemand, warum zwei der vier baugleichen Sicherheitsstränge den Stromstoß überstanden haben, der in den beiden anderen zum Totalausfall der Kühlpumpen geführt hat.

Atomkraft ist das Gegenteil von Versorgungssicherheit. Hätte in Forsmark Genosse Zufall nicht auf unserer Seite gestanden, würden wir heute nicht über Laufzeitverlängerung für Neckarwestheim 1 fabulieren, sondern über Becquerel-Werte in unserer Nahrung - und über die Frage, wie wir möglichst schnell unsere stillgelegten Atomkraftwerke und den zugehörigen beispiellosen Konjunktur einbruch kompensieren können. In Brunsbüttel ergaben sich bei einer Sicherheitsüberprüfung des dortigen AKW im Sommer 2001 nach Angaben der zuständigen Kieler Ministerin „hunderte offener Punkte“. Sie sind fast sechs Jahre später noch nicht geklärt und werden unter Verschluss gehalten. Dagegen klagt die Deutsche Umwelthilfe. Der Betreiber Vattenfall - übrigens der gleiche wie in Forsmark -

argumentiert, die „Schwachstellenliste“ enthalte Geschäftsgeheimnisse. Ihre Veröffentlichung würde den Wert des Reaktors bei einem eventuellen Verkauf der Anlage mindern.

Jede Betriebsverlängerung für die ältesten Meiler im Land erhöht das Katastrophenrisiko überproportional. Und sie hilft dem Klima nicht, sondern wirkt als Fortschritts- und Innovationsbremse. Investitionen in erneuerbare Energieanlagen, in Effizienzkraftwerke, die Strom und Wärme gekoppelt erzeugen, in effiziente Technik in der Industrie und zu Hause unterbleiben, solange Strom aus alter Technik im Überfluss bereitgestellt wird. Die Chance, neue Akteure auf dem deutschen Strommarkt zum Zuge kommen zu lassen, gibt es nur, wenn die AKW vom Netz gehen. Wer Wettbewerb will, muss am Abschaltfahrplan festhalten.

„Beide Seiten werden ihren Teil dazu beitragen, dass der Inhalt dieser Vereinbarung dauerhaft umgesetzt wird“, heißt es im Atomkonsens vom Juni 2000, den die Chefs aller AKW-Betreiber unterschrieben haben. Jetzt erleben wir den Wortbruch. Jeden Tag. Wer den Konzernherren die Quittung erteilen will, kann das tun. Er kann in fünf Minuten wechseln zu „Lichtblick“ oder anderen atomstromfreien Anbietern. Den passenden Schlachtruf gibt es schon: „Atomausstieg selber machen!“

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre unseres Deutschland-Rundbriefes.

Ihr
Jürgen Resch, DNR-Schatzmeister

2 Impressum

3 Editorial

- Atomkraft führt nicht aus der Klimafalle

5 Verbände, Ehrenamt

- 25 Jahre Deutsche Umweltstiftung
- Lesenswert: Handbuch Verbandsbeteiligung

6 Agrarpolitik, Gentechnik, Verbraucherschutz

- Die Technisierung des Menschen
Von Peter Schott, BBU
- Illegaler Tiermehl-Export aus der EU in großem Ausmaß
- Genbank für Kulturpflanzen bleibt in Gatersleben
- Verbraucherverbände wollen Energiespar-Computer
- Energiesparprojekt für Mittelstand und Haushalte
- Kurzmeldungen: Streuobsttagung, Genmais, Genkartoffeln, Allergien
- Sehenswert: Fast Food Nation, Gemeinschaftsgärten

10 Emissionen, Abfall, Chemie, Industrie

- Altgeräte-Rücknahmesystem funktioniert nicht
- Nanotechnologie: Wirkung auf Mensch und Umwelt unklar
- Kurzmeldungen: Feinstaub aus Öfen, drahtlose Netze

12 Energie, Klima

- Biomasse-Boom hat weitreichende Folgen für die Agrarökologie
Von Florian Schöne, NABU
- Gabriel: Ordnungsrecht statt Selbstverpflichtung
- Streit um die richtige Klimapolitik
- DIW: Klimawandel kostet Milliarden
- DNR: „Traumurlaub in die Klimakatastrophe stoppen“
- Kurzmeldungen: „Klimaschutz-Tickets“, Open-Sky-Abkommen

16 Nachhaltigkeit, Umweltpolitik, Recht

- UBA: Deutsche Rohstoffausbeutung verschärft Kongo-Konflikt
- Bundesgesetz regelt Umweltschadenshaftung neu
- Umwelt-Studiengänge und Fortbildungen
- Kurzmeldungen: Fitnessaktion, Naturpädagogik
- Lesenswert: G8-Gipfel, Demografischer Wandel

18 Naturschutz, Artenschutz, Tierschutz

- Neue Stadtnatur: Wälder auf ehemaligen Industrieflächen
Von Ulrich Kriese, NABU
- Artenvielfalt schwindet weiter
- Wettbewerb „Bundeshauptstadt im Naturschutz“
- NABU-Studie über Windräder: Repowering eher positiv
- Kurzmeldungen: Windkraft/ Fledermäuse, Mallorca
- Lesenswert: Hochwasserschutz

22 Verkehr, Tourismus

- Gesetzentwurf zur Bahnprivatisierung
- Brücke über Dresdner Elbtal wird gebaut
- Kurzmeldungen: ÖPNV-Gelder, Luftverkehr

24 Service

- Umwelt-Termine
- Informationsquellen
- EU-Umweltpolitik verständlich

Sonderbeilage

- WRRL-Info 14, Informationen zur Wasserrahmenrichtlinie (Mittelseiten)

Inhalt des EU-Rundschreibens: Seite 26.

25 Jahre Deutsche Umweltstiftung

Über einhundert Projekte gefördert

In diesem Jahr begeht die Deutsche Umweltstiftung ihr 25-jähriges Gründungsjubiläum. Rund 20 Persönlichkeiten beschlossen Anfang der 80er Jahre die „Deutsche Umweltstiftung“ ins Leben zu rufen. Mit einem Startkapital von 135.000 DM wurde die Stiftung am 31. März 1982 im Mainzer Schloss in Anwesenheit von etwa 150 Stifterinnen und Stiftern gegründet. Die Institution hält auch nach 25 Jahren den Aufruf zu mehr Engagement im Umweltschutz für so aktuell wie damals. Hinzu gekommen sind weitere Umweltthemen wie „Regenerative Energien“ und „Klimawandel“, die auch Schwerpunkte der Informationsarbeit der Stiftung sind. Seit der Gründung hat die Deutsche Umweltstiftung über 100 Projekte gefördert, sich an zehn Tagungen - unter anderem in Zusammenarbeit mit Evangelischen Akademien - beteiligt und eigene Initiativen verwirklicht. Die Förderbeträge lagen zwischen 100 und 10.000 Euro.

Stiftung verleiht zahlreiche Preise für Engagement im Umweltschutz

Seit 1982 vergibt die Deutsche Umweltstiftung in öffentlichen Veranstaltungen den Journalistenpreis (15 Mal an 21 Journalist/innen und Redaktionen), ab 1989 den Buchpreis „Lesen für die Umwelt“ (15 Mal an 23 Autor/innen) und viermal wurde der Hoffnungspreis ausgelobt. Bücherspenden aus eigenen Beständen und den eingereichten Büchern zu den Buchpreisen erhielten von 1989 an zahlreiche Umwelt-, Schüler- und Stadtbibliotheken in ganz Deutschland.

Die Deutsche Umweltstiftung bedankte sich bei allen, die sie auf den Weg gebracht und in den Stiftungsgremien mitgearbeitet haben, und bei allen Engagierten für ihre ideelle und materielle Unterstützung. (mt) ■

• Weitere Informationen

Deutsche Umweltstiftung, Hans Günter Schumacher, Postfach 1355, 76713 Germersheim
Tel. 07274 / 4767, Fax -77302
eMail: info@deutscheumweltstiftung.de
www.deutscheumweltstiftung.de

Lesenswert

Handbuch Verbandsbeteiligung Nordrhein-Westfalen

Der erste Band des „Handbuchs Verbandsbeteiligung NRW“ erläutert die für die Verbandsmitwirkung relevanten Rechtsvorschriften und naturschutzfachlichen Hintergründe. Beispiele aus der Praxis veranschaulichen die theoretischen Aussagen. Ein schneller Überblick wird durch Checklisten und Zusammenfassungen ermöglicht. Das Handbuch ermöglicht besonders ehrenamtlichen Naturschützern einen einfachen Zugang zur komplexen Thematik der Verbandsmitwirkung. Viele der erörterten Fragestellungen dürften auch bundesweit von Interesse sein. Der Band behandelt Beteiligungsvorschriften auf Bundesebene und in NRW, allgemeine Grundlagen (Umweltverwaltung, Verfahrensabläufe, Eingriffsregelung, Umweltverträglichkeitsprüfung, Strategische Umweltprüfung), Naturschutz (Schutzgebiete, Biotopschutz, Natura 2000, Biotopverbund, Vertragsnaturschutz) und Artenschutz. Ein zweiter Band zu den Themen Bauleitplanung, Wasser, Schienenverkehr und Flugverkehr ist in Vorbereitung. (mt)

Handbuch Verbandsbeteiligung Nordrhein-Westfalen, 458 S., 7,- Euro Versand; Hrsg./Bezug: Landesbüro der Naturschutzverbände NRW, Ripshorster Str. 306, 46117 Oberhausen
www.lb-naturschutz-nrw.de



Gastbeitrag Die Technisierung des Menschen

Von Peter Schott, BBU¹

Die biotechnische Entwicklung verschiebt die ethischen Grenzen

Das menschliche Leben wird sich innerhalb von zwei bis drei Generationen radikal verändern. Den Weg dahin haben wir bereits eingeschlagen. Die biotechnischen und digitalen Möglichkeiten sind heute weit fortgeschritten und werden unaufhaltsam weiter entwickelt. Die Wirtschaft wird die Forschungsergebnisse verwerten, weil sie weltweit immense Gewinne versprechen.

Ökonomische Interessen entscheiden

Das in seinen Grundzügen in Europa seit Jahrhunderten geltende Menschenbild wird gegenwärtig abgebaut und durch ein neues, von Technik geprägtes Menschenbild ersetzt. Wesentlichen Anteil daran hat die biotechnische Entwicklung, die unabhängig von herrschenden Moralvorstellungen und ethischen Grenzen durchgeführt wird. Entscheidend sind wirtschaftliche Interessen.

Das Selbstverständnis der Medizin verändert sich tiefgreifend. Die Medizin wächst bereits in die neue Rolle hinein, mit biotechnischen Methoden und Verfahren in das Leben von Menschen gestaltend einzugreifen. Neben der Heilung von Krankheiten nehmen Aufgaben stark zu, die die Vorsorge und vor allem die Optimierung des menschlichen Körpers betreffen.

Mensch-Maschine-Schnittstellen

Technik wird schon heute von außen in den menschlichen Körper eingebaut. Der umgekehrte Weg wird bald folgen. Das Nervensystem wird an die elektronischen Kommunikationsnetze angeschlossen werden. Die Frage ist heute nicht mehr, wo die Grenze zwischen Mensch und Maschine verlaufen wird, sondern ob diese Grenzziehung überhaupt noch möglich ist. In den Mittelpunkt des wirtschaftlichen Interesses rückt die Verbindung zwischen dem menschlichen Gehirn und digitalen Informationsnetzwerken.

Politik ebnet den Weg

Die biotechnische Entwicklung wird durch parlamentarische Mehrheiten gesichert. Beispiel Stammzellen: Ihre Produktion ist in Deutschland nach dem Stammzellgesetz nicht erlaubt. Zwei Jahre nach dem Inkrafttreten des Gesetzes 2002 stellte Bundesjustizministerin Zypries das Gesetz in Frage, weil die Grundlagenforschung jetzt weiter sei.

Ist eine neue Entwicklungsstufe der Biotechnologie erreicht, verändert die Politik die Gesetzgebung, damit die wissenschaftlichen Ergebnisse ohne gesetzliche Hindernisse wirtschaftlich verwertet werden können. Die Regierungen nutzen auch die unterschiedlichen Gesetze in anderen Ländern, um die rechtlichen Hürden für die biotechnische Entwicklung im eigenen Land abzubauen. Die Politik hat sich längst für den grenzenlosen biotechnischen Entwicklungsweg entschieden.

Gesunde Kranke

Seit einigen Jahren werden genetische Daten der Bevölkerung erhoben. Island spielte den Vorreiter. Dort wurden nach einem Beschluss des Parlaments die Daten über die Erbanlagen jedes Isländers und jeder Isländerin einem Pharma-Unternehmen zu einem Discountpreis zur Verfügung gestellt.²

Mithilfe der genetischen Daten werden genetische Dispositionen für Krankheiten festgestellt. Mit den zunehmenden Erkenntnissen über Funktion und Wirkung der Gene werden immer mehr genetisch angelegte Krankheiten erkannt. Dadurch wird die Grenze zwischen Gesundheit und Krankheit stark verschoben. Wir wissen von den Krankheiten, die in unseren Genen lauern. Wir werden zu gesunden Kranken.

Lohnende Geschäfte

Deshalb werden die meisten Menschen medizinische Vorsorge betreiben, damit die Krankheiten, die genetisch mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit angelegt sind, nicht ausbrechen. Die gesamte Bevölkerung wird so zu einem lohnenden Geschäft für die Biotechnik- und Pharma-Industrie.

Mit Patenten auf Gene, auf genetisch veränderte Tiere und Pflanzen, auf Klon-

Wachsendes Konfliktpotenzial

Das gesellschaftliche Konfliktpotenzial durch die Technisierung des Menschen wächst stetig. Fragen, die sich daraus ergeben, sind zum Beispiel:

- Was bedeutet die weitere Technisierung des Menschen für die Gesellschaft?
- Welche Rolle spielen Menschen, deren Baupläne gentechnisch verändert wurden, in der Gesellschaft?
- Wie verändert der technisierte Mensch seine Denk-, Handlungs- und Empfindungsfähigkeit?
- Welche Auswirkungen haben diese Veränderungen auf gesellschaftliche Zusammenhänge?
- Wie verändert sich das soziale Beziehungsgefüge?
- Was bedeutet der Eingriff Dritter zu Beginn des Lebens, wenn mithilfe der Präimplantationsdiagnostik genetisch gesündere Embryos ausgewählt werden?
- Welche Verantwortung besteht für nachfolgende Generationen, wenn gentechnische Veränderungen in der Keimbahn erlaubt sein werden?

Techniken und auf gentechnisch produzierte Medikamente warten immense finanzielle Gewinne. Deshalb wird auch der Mensch in alle Bereiche der biotechnischen Entwicklung und insbesondere in die Patente einbezogen.

Die Menschen sind Teil der bioindustriellen Revolution geworden, die Vermarktung des menschlichen Körpers wird zur Normalität. Dabei ist diese Vermarktung Teil der wirtschaftlichen Verwertung der Natur, die durch technische Produkte ersetzt und durch gentechnische Verfahren optimiert wird. Über Lobbyarbeit in den Parlamenten gelingt es der Biotechnik-Industrie, ihre Vorstellungen von der biotechnischen Entwicklung politisch durchzusetzen. ■

• Weitere Informationen

Text nach: P. Schott, Szenario 2095 - Die neue heile Welt. Der lange Marsch der Bio- und Nanotechnologie, Schmetterling Verlag, Stuttgart 2007, 220 S., 12,80 Euro, ISBN 9783896575678

Kontakt für Vorträge und Artikel:
Dr. Peter Schott, schott@bbu-bonn.de

¹ Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz, Bonn, www.bbu-online.de

² www.telepolis.de/r4/artikel/6/6611/1.html

Illegaler Tiermehl-Export aus der EU in großem Ausmaß

Sondersitzung der EU-Kommission nach Foodwatch-Enthüllungen

Der illegale Handel mit Tiermehl hat offenbar ein größeres Ausmaß als bisher angenommen. Das geht aus Recherchen der Verbraucherrechtsorganisation Foodwatch von Mitte März hervor. Nach Zahlen von Eurostat, dem Statistischen Amt der EU, wurden im vergangenen Jahr 242.000 Tonnen Tiermehl in Nicht-EU-Länder exportiert, 150 Prozent mehr als im Vorjahr. Solche Exporte sind nur gestattet, wenn es bilaterale Abkommen mit den Empfängerstaaten gibt, in denen die sachgemäße Verwendung von Tiermehlen der BSE-Risikokategorie 3 garantiert wird. Die Verfütterung von Tiermehl gilt als Übertragungsweg für die Rinderseuche BSE und ist verboten.

Als Lebensmittel verarbeitet könnte Tiermehl zurückkehren

Nachweislich wurden Tiermehle unter anderem nach Vietnam geliefert, obwohl es kein bilaterales Abkommen gibt. Der Import von Tiermehlen ist in Vietnam sogar verboten. Laut Foodwatch ist die Möglichkeit, dass Tiermehl in den Empfängerländern zur Herstellung von Lebensmitteln verwendet wird, nicht auszuschließen. So verarbeitet könnten die tierischen Abfälle wieder den Weg zurück in die EU finden.

Im März berief die EU-Kommission deshalb eine Sondersitzung zum Thema Tiermehlexporte ein. Auch im Verbraucherausschuss des Bundestags wurde darüber debattiert.

Unerlaubte Ausfuhr aus Niedersachsen in 22 Staaten

Deutsche Behörden stoppten im März den illegalen Export von Tiermehl in Nicht-EU-Länder. Die von Foodwatch angezeigten niedersächsischen Landkreise Emsland, Oldenburg und Vechta nahmen daraufhin die Ausfuhrerlaubnisse zurück.

Die niedersächsische Landesregierung gab zu, dass Tiermehl unerlaubt in 22 Länder exportiert wurde. Diese hatten einem Bericht des Landtags in Hannover zufolge kein dafür notwendiges bilaterales Abkommen unterzeichnet. Der Missstand wurde mit einer „fehlerhaften Rechtsauslegung der Bundesregierung und anderer Mitgliedsstaaten der EU“ entschuldigt.

Foodwatch forderte Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer auf, die Vorschriften für den Umgang mit tierischen Abfällen dem Standard des europäischen Abfallrechts anzupassen. Die sichere Entsorgung von Computerschrott und Altautos liege in der Verantwortung der Hersteller. Die strengen Regeln für gefährliche Industrieabfälle müssten auch für tierische Abfälle gelten. Der Export dürfe nur in OECD-Länder erlaubt werden. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Foodwatch, Brunnenstr. 181, 10119 Berlin
Tel. 030 / 240476-19, Fax -26
eMail: presse@foodwatch.de
www.foodwatch.de

Bericht über illegale Tiermehl-Exporte:
www.foodwatch.de/presse/pressearchiv/2007/tiermehl_schmuggel_erfolg

Genbank für Kulturpflanzen bleibt in Gatersleben

BVL-Forderung nach Verlegung wegen Genweizenversuch zurückgewiesen

Das Leibniz-Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (IPK) in Gatersleben (Sachsen-Anhalt) hat Mitte März entschieden seine Genbank am Ort zu belassen. Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) hatte zuvor gefordert, die einmalige Kulturpflanzensammlung zu verlegen, weil ansonsten die Gefahr bestehe, dass sich die teils uralten Sorten mit genmanipuliertem Weizen vermischten. Denn in der Nähe der Vermehrungsflächen für Kultursaat wird auf einem Feld mit Genweizen experimentiert (DRB 10.06, S. 7, DRB 12.06/01.07, S. 8).

Kritiker befürchten Kontamination hunderter uralter Sorten

Laut IPK ist der Freilandversuch keine Gefahr für die Genbank. Die Sicherheitsmaßnahmen gingen weit über das notwendige Maß hinaus. Doch Umweltverbände befürchten eine Kontamination der Gaterslebener Sortensammlung. Kritische Bauern, Züchter, Lebensmittelhersteller und Bürger/innen hatten mehr als 30.000 Einwendungen gegen die Freisetzung des Gen-Weizens beim BVL eingereicht. Dennoch erteilte die Behörde im vergangenen November die Genehmigung für den Versuch. Das Umweltinstitut München reichte eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen das BVL ein, weil dies eine mögliche Kontamination der Genbank bewusst in Kauf genommen habe.

Das Gaterslebener Institut verfügt über die weltweit größte Sammlung von Kulturpflanzensamen. Uralte Getreidesorten sind ebenso darunter wie aus der Mode gekommene Kartoffeln. Aber auch Samen allgemein gebräuchlicher Arten sind in Klimakammern gelagert. Die alten Sorten müssen zu ihrer Erhaltung immer wieder im Freiland angebaut werden. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (IPK), Gatersleben
Tel. 039482 / 5427
www.ipk-gatersleben.de

Umweltinstitut München
Tel. 089 / 3077490
www.umweltinstitut.org/genweizen

Verbraucherverbände wollen Energiespar-Computer

Stand-by-Stromverlust soll durch Öko-Label gekennzeichnet werden

Anlässlich der Computermesse CeBIT im März in Hannover hat der Bundesverband der Verbraucherzentralen (vzbv) die Informationstechnikbranche für ihren hohen Stromverbrauch kritisiert. Tag für Tag genutzte Elektrogeräte verbrauchen dem vzbv zufolge unnötig viel Strom und belasten dadurch nicht nur die Geldbeutel der Kunden, sondern auch die Umwelt. Die Vorsitzende des Verbandes Edda Müller forderte, dass Computer, Bildschirme, Server, Drucker und Handys, die Strom verschwenden, vom Markt verschwinden sollen. Damit Konsumenten schon vor dem Kauf erfahren, ob das Gerät Strom sparend läuft, sollte ein Öko-Label eigens für Computer geschaffen werden. Ähnlich wie bei Kühlschränken sollte es einen gestaffelten Code geben, an dem ein Kunde erkennt, wie energieeffizient das Gerät ist.

Durch Stand-by wurden 2006 rund 200 Euro pro Haushalt verschwendet

Zahlreiche Elektrogeräte in Haushalten und Büros verbrauchen Energie, obwohl sie eigentlich abgeschaltet sind. Das Umweltbundesamt (UBA) bezifferte diese so genannten Leerlaufverluste für das vergangene Jahr auf mindestens vier Milliarden Euro. Nach Berechnungen der Stiftung Warentest bedeutet das für einen Privathaushalt im Schnitt pro Jahr ein Minus von 200 Euro. Nur 30 Prozent des Stromverbrauchs eines Computers entstünden durch seine Nutzung, 70 Prozent allein dadurch, dass er nicht ausgeschaltet wird oder Netzteile permanent unter Strom stehen. Ein Verzicht auf Stand-by würde zwei Atomkraftwerke in Deutschland überflüssig machen, hieß es beim vzbv. (mbu) ■

● **Weitere Informationen**

Umweltbundesamt (UBA), Wörlitzer Platz 1, 06844 Dessau/Anhalt
Tel. 0340 / 2103-0, Fax
eMail: pressestelle@uba.de
www.umweltbundesamt.de

Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv), Markgrafenstr. 66, 10969 Berlin
Tel. 030 / 25800-0, Fax -518
eMail: info@vzbv.de
www.vzbv.de

„Haus sanieren - profitieren“

DBU startet Energiesparprojekt für Mittelstand und Privathaushalte

Mit der Info- und Beratungskampagne „Haus sanieren - profitieren“ will die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) ab dem 24. März Eigentümern einen Leitfaden für die schrittweise Sanierung ihres Hauses bieten. Ziel der Kampagne ist es, einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten: Moderne Häuser sparen Energie, verbrauchen weniger endliche Brennstoffe wie Erdöl und lassen daher weniger klimaschädigende Treibhausgase in die Atmosphäre ab.

Pilotphase mit Handwerkskammern Osnabrück-Emsland und Münster

Kooperationspartner soll das Handwerk sein: Bauhandwerker, Zimmerer, Dachdecker, Maler, Heizungsinstallateure und Schornsteinfeger sollen Hausbesitzer ansprechen und mit ihnen einen ersten Energie-Check durchführen. Unterstützt werden sollen sie durch DBU-Infomaterial. Bevor „Haus sanieren - profitieren“ bundesweit umgesetzt wird, plant das Projektteam eine umfassende Pilotphase, in der die in Zusammenarbeit mit den Handwerkskammern Osnabrück-Emsland und Münster erarbeiteten Materialien und Schulungsinhalte ausführlich getestet werden sollen.

Haushalte verbrauchen 80 Prozent der Energie für Heizung

Der Handwerkskammer zufolge verbraucht schon heute eine Durchschnittsfamilie 80 Prozent ihrer Energie im Haushalt fürs Heizen. Die Kosten dafür steigen stetig. Mit zusätzlichen Dämmungen, neuen Fenstern oder einer modernen Heizungsanlage ließe sich das ändern, so die Handwerkskammer. Ältere Häuser könnten nach der Sanierung bis zu 70 Prozent weniger Energie verbrauchen. Das komme nicht nur der Umwelt, sondern auch dem Geldbeutel der Eigentümer zugute. Die DBU fördert die Kampagne mit fünf Millionen Euro. (mt) ■

● **Weitere Informationen**

Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU), An der Bornau 2, 49090 Osnabrück
Tel. 0541 / 9633-0, Fax -190
www.sanieren-profitieren.de

Kurzmeldungen

Streuobsttagung in Hessen: NABU sieht Probleme durch Energiepflanzen

Mitte März trafen sich in Fulda über hundert Experten aus Hessen und Brandenburg sowie aus Luxemburg und der Schweiz zu der internationalen Tagung „Zukunft des Streuobstbaus in Mitteleuropa“. Eingeladen hatte der NABU-Bundesfachausschuss Streuobst. Die Teilnehmer informierten sich gegenseitig über die Perspektiven und Akzente ihrer Arbeit. Eine Gefährdung der Streuobstflächen sieht der NABU durch den Boom bei Energiepflanzen, der immer mehr Landwirte zu „Energiewirten“ werden lässt. Der Flächenbedarf sei ein potenzielles Risiko. Streuobstbestände seien nicht nur für den Naturschutz wichtig, sondern auch für die Attraktivität einer Landschaft aus touristischer Sicht. (mbu)

● NABU, Bonn, Tel. 0228 / 40360,
www.nabu.de

Genmais MON836 schädigte Leber und Nieren von Laborratten

Einer Studie unabhängiger französischer Wissenschaftler zufolge gefährdet gentechnisch veränderter Mais möglicherweise die Gesundheit. Experten von CRIIGEN (Comité de recherche et d'information indépendantes sur le génie génétique) führten Versuche durch, nach denen mit MON836 gefütterte Ratten Vergiftungssymptome und Schädigungen von Leber und Nieren aufwiesen. Die Gentech-Maisart von Monsanto ist seit 2006 als Lebens- und Futtermittel für den Import in die EU zugelassen. Damit ist nach Angaben von Greenpeace zum ersten Mal ein Gesundheitsrisiko für eine bereits genehmigte Gen-Pflanze nachgewiesen. Monsanto hatte versucht die Veröffentlichung von Daten aus eigenen Fütterungsversuchen zu verhindern (EUR 10.05, S. 20); diese Daten überprüften die Forscher aus Frankreich nun noch einmal. (mbu)

● CRIIGEN, Paris, Tel. 0033 231 565684,
www.criigen.org

BASF darf Gentech-Stärkekartoffeln nicht in Deutschland anbauen

Die EU-Kommission hat die Pläne des Chemiekonzerns BASF gebremst, in diesem Frühjahr die gentechnisch veränderte Kartoffel Amflora anzubauen. Mitte März entschied die Kommission, ein weiteres Gutachten über die Risiken der Gen-Kartoffel zu beauftragen. Bei Amflora wurde zur Gewinnung von Industriestärke

die Stärkezusammensetzung verändert. Die Knollen enthalten aber auch ein Gen, das gegen das medizinisch angewandte Antibiotikum Kanamycin resistent ist. Dies ist nach der EU-Freisetzungrichtlinie nicht erlaubt. Nun prüft die Europäische Arzneimittelbehörde Emea, ob die Gen-Kartoffel angebaut werden darf. (mbu)
Quelle: taz, 16.03.2007

Aktionsplan gegen Allergien setzt auf freiwillige Vereinbarung mit Industrie

Bundesverbraucherminister Horst Seehofer hat im März einen Aktionsplan gegen Allergien vorgestellt. Etwa 30 Prozent der Deutschen leiden unter solchen Überreaktionen des Immunsystems - mit zunehmender Tendenz, vor allem bei Kindern. Nach Schätzungen von Medizinern kosten die Behandlung und allergiebedingte Krankentage europaweit jedes Jahr mehr als 25 Milliarden Euro. Zur Ausweitung der Kennzeichnung von allergenen Stoffen beispielsweise bei Lebensmitteln und Textilien will Seehofer freiwillige Vereinbarungen mit der jeweiligen Wirtschaftsbranche treffen. Im Herbst soll zur Aufklärung der Bürger/innen ein Internetportal gestartet werden. Außerdem soll eine verbraucherpolitische Konferenz stattfinden, bei der der Aktionsplan diskutiert werden soll. (mbu)

● Bundesverbraucherministerium, Tel. 01888 / 529-3173, www.bmelv.de



Sehenswert

Bestsellerverfilmung von Richard Linklater: „Fast Food Nation“

Richard Linklaters Spielfilm „Fast Food Nation“ basiert auf dem gleichnamigen Buch des US-Journalisten Eric Schlosser, der sich 2001 in seinem Bestseller-Sachbuch mit der dunklen Seite des „All-American Meal“ auseinandersetzte. Der Film ist ein satirisches Portrait der Fast-Food-Industrie. In betonter Gelassenheit fordert Linklater den sachlichen Blick: Der Film zeigt, dass jeder Mensch irgendwie von der Fast-Food-Industrie betroffen ist, auch wenn diese Art der Ernährung für ihn eine Ausnahme darstellt. Über Massenmedien dringt die Option „Schnell-Imbiss“ immer tiefer in die Psyche der Gesellschaft ein, die damit nach und nach das Bewusstsein für gesunde und ausgewogene Ernährung verliert. Um dagegen anzugehen, arbeitet Linklater nicht mit dem Gefühl der Empörung, sondern zeigt rational die Missstände auf. Die Botschaft: Bloßes Zeichensetzen genügt nicht mehr - nur die Herausbildung einer Gegenkultur kann die Macht der Fast-Food-Industrie zurückdrängen. (mt)

„Fast Food Nation“, USA 2006, Regie: Richard Linklater, 113 min, FSK 12, www.kino.de/kinofilm/fast-food-nation/97832.html

Gemeinschaftsgärten: „Eine andere Welt ist pflanzbar!“

Im Zentrum des Dokumentarfilms „Eine andere Welt ist pflanzbar“ stehen die Aktivistinnen und Aktivisten aus drei innerstädtischen Gemeinschaftsgärten, ihre Gärten und Visionen. Sie berichten darüber, wie und warum ihre Gärten nicht nur grüne Oasen mitten in der Stadt sind, sondern Projekte, durch die sie „eine andere Welt“ verwirklichen. Raumeignung und Stadtgestaltung von unten, Stadtökologie, Umweltverantwortung, ökologische Nahrungsmittel- und Heilpflanzenproduktion, nachbarschaftliche Selbstorganisation über kulturelle Unterschiede hinweg, solidarische und feministische Aktionsräume sind nur einige der Ideen, die hier umgesetzt werden. (mt)

„Eine andere Welt ist pflanzbar!“ Teil 2 - Gemeinschaftsgärten in Berlin, D 2006, Regie: Ella von der Haide/Alexander Puell, 38 min, DVD, Untertitel engl./span. mgl., www.eine-andere-welt-ist-pflanzbar.de



Altgeräte-Rücknahmesystem funktioniert nicht

Ein-Jahres-Bilanz fällt negativ aus

Die Jahresbilanz über das neue bundesweite Rücknahmesystem von Altgeräten zeigt, dass es nicht funktioniert. Mit dem System wird das Elektro- und Elektronikgesetz (ElektroG) umgesetzt, das die Hersteller in die Verantwortung für ihre Produkte bis hin zu deren umweltverträglichen Entsorgung nimmt. „Möglichst viel Umweltschutz mit möglichst viel Wettbewerb“, wollte das Bundesumweltministerium mit dem neuen System erreichen. Doch werde der neue Markt Presseberichten zufolge nur von wenigen Herstellerkonsortien und Systembetreibern beherrscht, schreibt die Tageszeitung. Problem sei auch, dass die alten Waschmaschinen, Computer und Kleingeräte kaum repariert oder teilweise wiederverwertet werden könnten, weil wertvolle Rohstoffe wie verschiedene Glassorten stark vermischt würden.

Ursache: „Entpersonalisierung“

Viel Kritik gibt es auch am Beauftragungssystem. „Die Logistikabläufe sind mittelalterlich“, so die Einschätzung von Achim Schröter vom Verband Kommunaler Unternehmen (VKU). Die Entsorger würden sich darüber streiten, wer welchen Container aufstellen und mitnehmen darf. Andreas Habel vom Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung (bvse) sieht die Ursache dafür in der „Entpersonalisierung“: Früher habe es regionale Verwertungskreisläufe gegeben. Die Unternehmen, die beispielsweise die empfindlichen Bildröhren recycelten, hätten die Geräte selbst bei den Kommunen abgeholt. Heute, so Habel, müssten sie darauf warten, dass ihnen ein Container von jemandem gebracht werde, dem die Verwertung selbst zum Beispiel „vollkommen egal“ sei - mit dem Ergebnis, dass oft nur noch Scherben ankämen. (mt) ■

• Weitere Informationen

Deutsche Umwelthilfe, Eva Leonhardt, Hackescher Markt 4, 10178 Berlin
Tel. 030 / 258986-12, Fax -19
eMail: leonhardt@duh.de
www.deutsche-umwelthilfe.de

Nanotechnologie: Wirkung auf Mensch und Umwelt unklar

Grüne fordern Regierungsbericht - Forscher weisen jede Kritik zurück

Bündnis90/Die Grünen haben die Regierung aufgefordert, einen Nanotechnologiebericht vorzulegen. In einem Antrag der Bundestagsfraktion heißt es, es sei vor allem wichtig, die Forschung im Hinblick auf die Umweltfolgen zu verstärken. Vorrangig zu erforschen seien dabei die Anwendungsmöglichkeiten in folgenden Bereichen: in der Klimaschutztechnologie mit erneuerbaren Energien, in der Chemie mit nachwachsenden Rohstoffen, in der Abwasserbehandlung, den neuen Materialien für Effizienzsteigerungen sowie im Bereich Schadstoff vermeidender Technologien in der Chemie und in der gesamten Nanobionik.

Risikobewertung vor Vermarktung von Nanoprodukten verlangt

Dem Antrag zufolge sind sich viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler einig, dass ihnen die möglichen Risiken im Umgang mit Nanopartikeln noch weitgehend unbekannt sind. Daher plädieren auch sie für eine strukturierte Erforschung aller möglichen Folgen des Einsatzes von Nanopartikeln für Gesundheit, Bioethik, Datenschutz, neuartige Waffen und Umwelt. Vor allem Entwicklungen bei Lebensmitteln und Verbraucherprodukten mit direktem Körperkontakt sollten vor der Anwendung auf ihre Unschädlichkeit hin geprüft sein. Nur wenn die möglichen Risiken der Nanopartikel in den Blick genommen und gezielt erforscht und dann minimiert würden, könne gesellschaftliche Akzeptanz für die Nano-Nutzung erzielt werden. Die Ergebnisse der Risikoforschung sollten öffentlich bekannt gemacht werden.

Nano2Life-Kongress sieht keinen Handlungsbedarf

Auf dem Nano2Life-Kongress Mitte März in Saarbrücken haben Wissenschaftler die Anwendungen der Nanotechnologie diskutiert. Kritik an den neuen Technologien, winzige Partikel könnten unkontrolliert den Weg in Pflanzen und auch in den menschlichen Körper finden, wurde entschieden zurückgewiesen. Die Menschheit lebe schon lange mit schädlichen unerwünschten Nanopartikeln wie Feinstaub oder Ruß, sagte der Schweizer Wissenschaftler und Unternehmer Patrick Boisseau.

Mehr medizinische Anwendungen geplant - Risiken nicht bekannt

Im Saarland ist schon heute eine Konzentration von Unternehmen zu verzeichnen, die auf Nanotechnologien setzen. Krebsmedikamente sollen in Zukunft mit einem nur einen Nanometer kleinen Teilchen über die Blutbahn direkt in eine erkrankte Zelle hinein transportiert werden. Laut Boisseau können bei Chemotherapien so unerwünschte Nebenwirkungen vermieden werden. Das Unabhängige Institut für Umweltfragen (UfU) hatte herausgefunden, dass es bisher kaum Untersuchungen darüber gibt, was Nano-Stoffe im menschlichen Körper anrichten können. (DRB 12.06./01.07, S. 7) (mt) ■

• Weitere Informationen

Bündnis 90/Die Grünen, Bundestagsfraktion, Verbraucherexpertin Eva Bell, Dorotheenstr. 101, 11011 Berlin
Tel. 030 / 22758966, Fax -56030
eMail: eva.bell@gruene-bundestag.de
www.gruene-bundestag.de

Unabhängiges Institut für Umweltfragen (UfU), Michael Zschesche, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
Tel. 030 / 428-49930, Fax -00485
eMail: recht@ufu.de
www.ufu.de/verbraucherkonferenz.html

Kongress „Nano2Life“
www.nano2life.org

Wissenschaftliche Nanotechnologie-Kritik (engl.):
www.etcgroup.org

Weitere Quelle: taz 23.03.07

Kurzmeldungen

UBA plant Feinstaub-Kontrollen für Kamine und Öfen

Das Umweltbundesamt (UBA) plant Presseinformationen zufolge den Feinstaub-Ausstoß aus Kaminen und Öfen drastisch zu reduzieren. „Ziel ist es, die Kontrolle auch auf kleine Anlagen ab vier Kilowatt Wärmeleistung auszuweiten“, sagte UBA-Energieexperte Bernd Krause. Bislang würden nur Öfen ab 15 kW Wärmeleistung auf Feinstaub- und Kohlenmonoxid-ausstoß überprüft. Ab Herbst soll der Feinstaubausstoß bei neuen Anlagen dann nur noch zwischen 0,06 und 0,1 Gramm pro Kubikmeter Abluft betragen. Von der neuen Regelung seien rund 14 Millionen Besitzer von Kaminen in Deutschland betroffen. Ab 2015 sollen sogar Grenzwerte zwischen 0,02 und 0,04 Gramm gelten. Für ältere Kamine werde es eine zehnjährige Übergangsfrist geben, dann drohe die Stilllegung, so das UBA. (mt)

● Umweltbundesamt (UBA), Bernd Krause, Dessau/Anhalt, Tel. 0340 / 2103-3626, eMail: bernd.krause@uba.de, www.uba.de; Quelle: Spiegel 11.03.07

Kabel statt WLAN an Bayerns Schulen

Die bayerischen Schulen sollen nach einer Empfehlung des Landtags auf drahtlose Internet-Netzwerke (WLAN) verzichten. Der Bildungsausschuss appelliert an die Schulen, stattdessen auf kabelgebundene Netzwerke zurückzugreifen. Dadurch sollen mögliche, durch Strahlung bedingte Gesundheitsgefahren ausgeschlossen werden, so die Begründung. Hintergrund der Empfehlung sind die Erkenntnisse einer zurückliegenden Mobilfunk-Anhörung im Landtag, wonach es nicht sinnvoll ist, die Kinder und Jugendlichen den Strahlenbelastungen durch WLAN auszusetzen. So seien die Fragen nach altersabhängiger Energieaufnahme und Energieverteilung im kindlichen Kopf noch nicht befriedigend beantwortet, hieß es in der Anhörung. Der Bildungsausschuss des Landtags hat aber nur eine Empfehlung ausgesprochen. Denn bei einer Anordnung, auf mobile Netzwerke zu verzichten, müsste der Freistaat für anfallende Kosten wie das Verlegen von Kabeln aufkommen. Die Schulen müssen also selbst entscheiden, welche Art der Vernetzung sie nutzen. (mt)

www.br-online.de/umwelt-gesundheit/artikel/0703/22-wlan-in-schulen

Strahlungsärmere DECT-Telefone

Europäische Hersteller bieten neuerdings auch schnurlose DECT-Telefone mit bedarfsgerechter Leistungsregelung und Strahlungsfreiheit im Stand-By-Betrieb an. Das hatten Umweltverbände und das Bundesamt für Strahlenschutz schon im Juni 2005 gefordert. Doch europäische Hersteller haben sich lange gegen die Einführung strahlenreduzierter Geräte gewehrt und den Markt über ein Jahr lang dem chinesischen Konkurrenten Orchid überlassen. Inzwischen sind Geräte weiterer Hersteller und auch modifizierte DECT-Schnurlostelefone erhältlich, bei denen die Basisstation abschaltet, kurz nachdem der Hörer in die Ladeschale gelegt wird. Das Umweltinstitut München hat im Internet entsprechende Hersteller und Geräte zusammengefasst und beantwortet darüber hinaus viele Fragen zum Umgang mit Elektrosmog. (mt)

● Umweltinstitut München, Tel. 089 / 307749-0, Fax -20, innenraumschadstoffe@umweltinstitut.org www.umweltinstitut.org



Gastbeitrag Energiepflanzen: Segen oder Fluch?

Von Florian Schöne, NABU

Der Biomasse-Boom hat weitreichende Folgen für die Agrarökologie

Mit der im August 2004 in Kraft getretenen Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) sowie der Steuerbefreiung für Biokraftstoffe hat Deutschland ein klares Zeichen für die Nutzung des Biomassenpotenzials in der Landwirtschaft gesetzt. Insbesondere der so genannte NawaRo-Bonus, der für nachwachsende Rohstoffe in Biogasanlagen bezahlt wird, hat die Ackerflächennutzung bereits in kürzester Zeit entscheidend geprägt.

So hat sich innerhalb von drei Vegetationsperioden die Anbaufläche von Energiepflanzen zur Verwertung in Biogasanlagen fast verzweifacht. Allein die Energiemais-Fläche wurde im Jahr 2006 gegenüber dem Vorjahr um 132 % auf 162.000 ha ausgedehnt. In einigen Regionen wurden die Pachtpreise aufgrund der entstandenen Nutzungskonkurrenz bis zur Wirtschaftlichkeitsgrenze angehoben. Dadurch konzentriert sich der Anbau der nachwachsenden Rohstoffe weiterhin auf die energie- und ertragsreichsten Pflanzen Mais, Raps und Grünroggen.

Mais bringt den Maximalertrag

Insgesamt wurden 2006 für den Energiepflanzenanbau zur Verwertung in Biogasanlagen, als Biokraftstoff oder als Industrierohstoff 1,6 Millionen Hektar (13 % der gesamten Ackerfläche) genutzt, davon allein 1,1 Millionen Hektar für den Rapsanbau.

Ende 2006 gab es 3500 Biogasanlagen, die Gesamt-Anlagenleistung hat sich um 70 % gegenüber dem Vorjahr erhöht. Während früher vorwiegend Reststoffe und Gülle in den Anlagen verwertet wurden, verarbeiten heute mehr als 80 % der Anlagen Mais. Der Grund: Mais erbringt den größten Methanertrag und damit den größten Gewinn. Während Strom aus Reststoffen mit 8,4 bis 11,5 Cent pro Kilowattstunde vergütet wird, erhalten nachwachsende Rohstoffe wie Mais einen zusätzlichen Bonus von sechs Cent - und das für 20 Jahre.

Andere Rohstoffe und Energiepflanzen spielen bislang nur in der Forschung eine Rolle. Dabei gibt es interessante Alternativen, wie Anbauversuche mit Mischkulturen aus Luzerne, Sonnenblume oder Leindotter beweisen.

Konsequenzen für den Naturschutz

Die Auswirkungen dieser Entwicklung erstrecken sich von einer abnehmenden Akzeptanz der Biomasseanlagen seitens der Anwohner bis hin zur extremen Verengung von Fruchtfolgen auf ertragreichen Standorten, um die Wirtschaftlichkeit der Anlagen sicherzustellen. Ferner hat die Flächenkonkurrenz zwischen Lebensmittel- und Energieerzeugung Auswirkungen auf die Pachtpreise, wodurch Agrarumweltprogramme an Attraktivität verlieren und der Druck auf Naturschutzflächen steigt.

Aus Sicht des Naturschutzes sind folgende Risiken mit einem intensiven Anbau von Energiepflanzen verbunden:

- Grünlandumbruch und vermehrter Maisanbau: Trotz der Vorschriften zur Cross Compliance, mit denen die EU-Agrarsubventionen an Naturschutzauflagen gekoppelt werden, findet weiterhin ein Umbruch von Grünland statt. Dies betrifft insbesondere den Umbruch von Feuchtgrünland in Nord- und Westdeutschland zu Gunsten des Maisanbaus, der selbst in ökologisch sensiblen Regionen wie Natura-2000-Gebieten zu beobachten ist. Darüber hinaus führen die hohen Düngemittelgaben, die der Mais benötigt bzw. verträgt, sowie die Erosion zu erheblichen Nährstoff- und Nitratbelastungen von Grundwasser und Oberflächen-gewässern.
- Grünland-Intensivierung: Zur Kompensation des fehlenden Grundfutters oder zur direkten Nutzung von Grassilage als Ko-substrat in Biogasanlagen wird Extensivgrünland zunehmend intensiviert (Süd-deutschland). Dabei gehen artenreiche und schützenswerte Grünlandgesellschaften wie Salbei-Glatthaferwiesen verloren.
- Weitere Verengung von Fruchtfolgen, Schaffen von Nachfrage für Gentechnik: Durch die steigende Nachfrage nach Mais und Raps wird deren Anteil an der Fruchtfolge weiter erhöht.

Dabei geht die aus Sicht der Artenvielfalt erforderliche Nutzungs- und Strukturvielfalt verloren. Zudem treten neue pflanzenbauliche Probleme auf (z. B. Resistenzprobleme bei der Rapsglanzkäfer-Bekämpfung, erhöhtes Auftreten des Maiszünslers), wodurch die Nachfrage nach gentechnisch veränderten Organismen (Bt-Mais) erhöht wird. Schließlich kann durch enge Fruchtfolgen auf Maisbasis der Bodenhumusgehalt massiv beeinträchtigt werden.

- Vorgezogene Erntetermine: Bei der Zweikulturnutzung durch Anbau von Getreide als Ganzpflanzensilage (z. B. Grünroggen) erfolgt die erste Ernte zur Hauptbrut- und -aufzuchtzeit vieler Tierarten im Mai und Juni. Dies ist ein neuer ackerbaulicher Eingriff in das Agrarökosystem, der einen hohen Verlust bei vorhandenen Bodenbrütern und Wild erwarten lässt. Auch kommen durch die frühe Ernte zahlreiche Ackerwildkräuter nicht zur Aussamung und können sich nicht erfolgreich vermehren.
- Vermehrte Nutzung von Stilllegungsflächen: Von 1,2 Mio. Hektar Stilllegung in Deutschland wurden 2006 allein 450.000 ha, also mehr als ein Drittel, für nachwachsende Rohstoffe genutzt (davon 81 % Raps, 9 % Mais und 7 % Weizen). Damit verliert die Flächenstilllegung, die ursprünglich als Instrument zur Begrenzung von Überschüssen eingeführt wurde, ihre faktische Bedeutung zur Schaffung wichtiger Rückzugsräume für viele Tier- und Pflanzenarten in ausgeräumten Ackerbauregionen.
- Veränderung des Landschaftsbildes: Durch die Vereinheitlichung der Fruchtfolgen (Monokulturen) sowie durch den Anbau neuer Kulturen (schnellwachsende Hölzer, Schilfgras u. a.) kann sich das bisherige Erscheinungsbild vielfältiger Kulturlandschaften erheblich verändern.

In einigen Regionen in Deutschland wurden die Pachtpreise aufgrund der entstandenen Nutzungskonkurrenz so stark angehoben (zum Teil auf über 800 Euro je Hektar), dass auch die Milchviehhaltung bei derzeitigen Milchpreisen nicht mehr rentabel betrieben werden kann und aufgegeben wird.

Energiepflanzen naturverträglich anbauen

Nachwachsende Rohstoffe können und müssen einen entscheidenden Beitrag für eine klima- und umweltverträgliche Energiepolitik leisten. Bei falscher Anwendung besteht jedoch die Gefahr einer Überbeanspruchung von Naturräumen und eines Verlustes von biologischer Vielfalt. Aus diesem Grund sollte der Anbau von Energiepflanzen konsequent als Element einer nachhaltigen, naturverträglichen Landwirtschaft entwickelt werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass der Anbau nicht zu Lasten von Natur und Umwelt erfolgt und ihr guter Ruf in der Öffentlichkeit nicht gefährdet wird.

Bedingungen und Forderungen

Vor diesem Hintergrund fordert der Naturschutzbund, dass die vorhandenen Förderinstrumente durch entsprechende Vorgaben ergänzt werden. So ist anlässlich der anstehenden Zwischenbewertung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes der NawaRo-Bonus an einen „Kulturlandschaftsfaktor“ mit folgenden Kriterien zu koppeln:

- Beschränkung des Anteils einer Fruchtart (z. B. Silomais) in der Biogasanlage auf maximal 50 %
- Nachweis einer ökologischen Ausgleichsfläche (z. B. Saumstrukturen, Blühstreifen, Feldgehölze, Extensivgrünland) in Höhe von mindestens 5 Hektar pro 100 kW Anlagenleistung bzw. 10 % der Betriebsfläche
- Verzicht auf Fungizide und Insektizide
- Verzicht auf Grünlandumbruch
- Verzicht auf gentechnisch veränderte Organismen (GVO)

Der Technologiebonus ist durch einen Umweltbonus für besonders umwelt- und naturverträgliche Anbau- und Produktionsmethoden (z. B. Verwertung von Landschaftspflegematerial) zu ersetzen und zusammen mit dem Bonus für Kraft-Wärme-Kopplung nur für Technologien mit einem Nutzungsgrad von mindestens 70 % zu gewähren. Ziel sollte sein, die Wärme aus den Blockheizkraftwerken möglichst vollständig zu nutzen. Hierbei ist die Wärmenutzung daraufhin zu prüfen, ob sie nachweislich zur Substitution fossiler Energie beiträgt. ■

• Weitere Informationen

Naturschutzbund (NABU), Agrarreferent Florian Schöne, Invalidenstr. 112, 10115 Berlin
Tel. 030 / 284984-26, Fax -84
eMail: florian.schoene@nabu.de
www.nabu.de/m07/m07_05/06130.html

Zu diesem Artikel, den wir auch per eMail-Fachverteiler versandt haben, entstand eine Diskussion mit Biomasse-Experten. Bei info-berlin@dnr.de können die Texte angefragt werden.

„Ordnungsrecht statt Selbstverpflichtung“

Umweltminister Gabriel kündigt zahlreiche Umweltgesetze an

Bundesumweltminister Sigmar Gabriel hat ein Ende der Selbstverpflichtungen im Umweltschutz und zahlreiche gesetzliche Maßnahmen angekündigt. „Das gute alte preußische Ordnungsrecht wird noch fröhliche Urstände feiern, weil es anders gar nicht geht“, sagte der SPD-Politiker dem Magazin „Stern“. Unter anderem sprach sich Gabriel für eine Begrenzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit des Betriebs von Dienstwagen aus. „Da werfen wir Milliarden zum Fenster heraus“, so der Minister.

Statt Tempolimit: Gesetze für weniger Spritverbrauch ...

Gabriel warnte zugleich davor, beim Klimaschutz nur „Verzicht und Askese“ für die Verbraucher zu predigen. Einem Tempolimit erteilte er eine Absage. „Da wollen sich einige nur um die viel härtere Aufgabe drücken, sich mit mächtigen Wirtschaftslobbys anzulegen.“ Er wolle stattdessen die Autoindustrie zwingen, Sprit sparende, CO₂-arme Modelle zu entwickeln, so der Minister. Kritiker kommentierten, Gabriel wolle sein Image als „Freund der Automobilindustrie“ loswerden, das er unter anderem durch enge Beziehungen zu VW erworben habe. Deshalb versuche er nun in der Öffentlichkeit eine Führungsrolle bei der Kritik an den Konzernen einzunehmen.

... und mehr Kraft-Wärme-Kopplung

Neben der Autoindustrie, die den Kohlendioxid-Ausstoß ihrer Produkte nicht wie versprochen reduziert hatte, griff Gabriel auch die Energieunternehmen an. Diese seien ihrer Selbstverpflichtung für eine effizientere Stromerzeugung durch Kraft-Wärme-Kopplung nicht nachgekommen. Auch dafür kündigte er Gesetze an. (mb) ■

• Weitere Informationen

Bundesumweltministerium (BMU), Alexanderplatz 6, 10178 Berlin
Tel. 01888 / 305-2010, Fax -2016
eMail: presse@bmu.bund.de
www.bmu.de

Interview: Stern 12/2007
www.stern.de/politik/deutschland/Sigmar-Gabriel-Wir-Dinge/585440.html

Streit um die richtige Klimapolitik

Parteien und Verbände diskutieren kontroverse Konzepte

Nach der Veröffentlichung des 4. UN-Klimaberichts des IPCC (DRB 03.07, S. 13) haben Politik und Zivilgesellschaft zahlreiche Vorschläge zur Verlangsamung des Klimawandels unterbreitet, die sich je nach Interessenlage oder parteipolitischer Couleur unterscheiden und teilweise einander ausschließen. Während sich etwa Bündnis 90/Die Grünen weiter für den Atomausstieg und die stärkere Förderung Erneuerbarer Energien einsetzen, plädieren CDU und CSU erneut für eine AKW-Laufzeitverlängerung. Die SPD lehnt Atomkraft ab und setzt auf „saubere Kohle“, regenerative Energien und mehr Effizienz. Die FDP verweist auf Einsparpotenziale vor allem bei Gebäuden. Auch die Linkspartei spricht sich unter anderem für mehr Energieeffizienz aus.

Grüne: 20 Prozent CO₂-Minderung sind zu wenig

Die Grünen kritisierten im März im Bundestag die Vorschläge der Bundesregierung für 20 Prozent weniger CO₂-Ausstoß und 20 Prozent mehr Erneuerbare Energien. Es seien nicht nur ambitionierte Ziele, sondern auch Maßnahmen erforderlich. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) wies den Vorwurf zurück: Die Koalition habe die Mittel zur Förderung Erneuerbarer Energien von 80 Millionen auf 213 Millionen Euro erhöht.

Geplante CO₂-Abscheidung schafft neues Endlagerproblem

Zur gleichen Zeit verglich das Bundesumweltministerium (BMU) in einer Studie „Fossile Kraftwerke mit CO₂-Abscheidung (CCS¹) und erneuerbare Energien“. ● Danach könne die CCS-Technik einen „befristeten, aber wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten“. Unter günstigen Bedingungen würden die Kosten für Strom aus CCS-Kraftwerken mit denen von Strom aus Erneuerbaren Energien konkurrieren. Allerdings lasse sich das nicht genau vorhersagen, da sich sowohl die CCS-Technik als auch die Erneuerbaren Energien noch in der Entwicklung befänden.

CCS funktioniert folgendermaßen: Bei der Kohleverbrennung wird CO₂ abgeschieden

¹ Carbon Capture and Sequestration - Auffangen und Einlagern von Kohlendioxid.

und unterirdisch gelagert, zum Beispiel in ehemaligen Erdgas-Lagerstätten. Die Internationale Energie-Agentur (IEA) forscht dazu seit Jahren und auch das Bundeswirtschaftsministerium unterstützt ein Forschungsprogramm. Umweltverbände wie der BUND und Energieinitiativen wie der Solarenergie-Förderverein Deutschland (SFV) stehen der Technologie jedoch skeptisch gegenüber. Sie bringe erhebliche Sicherheitsprobleme mit sich. CO₂-Deponien, aus denen das Treibhausgas dann doch noch entweichen kann, würden die Klimakatastrophe nur verzögern, aber nicht aufhalten. Insofern, so die Solarexperten, weise das CO₂-Endlagerproblem eine beunruhigende Ähnlichkeit mit dem Atomüllproblem auf. Außerdem falle CO₂ in unvorstellbar großen Mengen an.

Erneuerbare Energien liefern bereits 12 Prozent des Stroms

Neben dem Unsicherheitsfaktor gibt es weitere Kritikpunkte gegenüber CCS-Kraftwerken. Mehrere Umweltorganisationen warnten vor den Plänen des Umweltministeriums, eine Technik, die noch nicht erprobt sei, als „Übergangslösung“ einzuführen. Die Erneuerbaren Energien seien dagegen bereits bewährt, deckten schon heute 12 Prozent des Strombedarfs und hätten das Potenzial für ein weiteres Wachstum. Übergangslösungen seien daher Geld- und Zeitverschwendung, kritisierte der SFV. Außerdem komme der von den Gutachtern angenommene „früheste Einsatzzeitpunkt“ der CCS-Technologie im Jahr 2020 zu spät.

SPD-Energiepolitiker legt Plan für Energiewende vor

Der SPD-Bundestagsabgeordnete und Eurosolar-Präsident Hermann Scheer hat im März einen Plan vorgelegt, wonach die Stromversorgung in Deutschland bis 2040 komplett ökologisch erzeugt werden könnte. Bereits 2020 soll ein Anteil von 75 Prozent erreicht werden. Scheer stellte sich in seinem Memorandum „Jenseits von Kohle und Atom“ gegen die Pläne der Energieversorger, in den kommenden acht Jahren 45 neue große Kohle- und Gaskraftwerke zu bauen. Zudem wandte er sich gegen ihre Forderung, die Laufzeiten der Atomkraftwerke zu verlängern.

Windkraft soll 50 Prozent übernehmen

Nach dem Konzept des SPD-Politikers soll die Windkraft binnen 15 Jahren etwa die Hälfte der Stromversorgung übernehmen. Wasserkraft könnte dann zehn Prozent

liefern, Biomasse acht, Geothermie fünf und Solarstrom drei. Scheer schlägt vor, bisherige Windanlagen durch größere zu ersetzen, die im Schnitt 2,5 statt 1 MW Leistung haben. Zudem sollen neue Anlagen in jenen Bundesländern gebaut werden, die die Windkraft noch wenig nutzen. Der Träger des Alternativen Nobelpreises hält das Problem, dass Windkraft und Solarstrom nicht immer verfügbar sind, durch den Ausbau bisheriger und die Entwicklung neuer Speichermöglichkeiten für lösbar.

Die höheren Kosten der Erneuerbaren Energien würden aufgrund der breiten Einführung und dank des technologischen Fortschritts sinken, die Preise für fossile Energien hingegen tendenziell steigen. Neue fossile Kraftwerke sollen nach dem Konzept nur noch mit Kraft-Wärme-Kopplung gebaut werden. Scheer verwies auf Frankreich, das Mitte der 1960er Jahre in die Kernkraft einstieg und dann binnen 15 Jahren den Anteil der Atomenergie von null auf 75 Prozent steigerte. Mit Erneuerbaren Energien sei das auch möglich. (mbu, mt, mb) ■

• Weitere Informationen

Bundesumweltministerium (BMU), Berlin
Tel. 01888 / 305-2010, Fax -2016
www.bmu.de

BMU-Vergleichsstudie: „Fossile Kraftwerke mit CO₂-Abscheidung (CCS) und erneuerbare Energien“
www.erneuerbare-energien.de/inhalt/38826

Solarenergie-Förderverein (SFV), Geschäftsführer Wolf von Fabek, Aachen
Tel. 0241-511616, Fax -535786
www.sfv.de

BUND, Energiereferent Thorben Becker, Berlin
Tel. 030 / 275864-421, Fax -440
eMail: thorben.becker@bund.net
www.bund.net

Hermann Scheer MdB, 11011 Berlin
Tel. 030 / 2277-3834, Fax -6528
eMail: hermann.scheer@bundestag.de

Klimawandel kostet Milliarden

DIW errechnet Schäden und Preissteigerungen bis 2050

Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) kommen auf Deutschland in den nächsten 43 Jahren bis zu 800 Milliarden Euro Kosten durch den Klimawandel zu. Die Summe ergibt sich aus 330 Milliarden Euro volkswirtschaftlichen Schäden, 300 Milliarden höheren Energiekosten und 170 Milliarden für Anpassungsmaßnahmen, die bis 2050 notwendig werden. Der Klimawandel wird nach dieser Prognose jährlich durchschnittlich 0,5 Prozent des gesamtwirtschaftlichen Wachstums kosten. Klimaexperten zufolge wird die Temperatur bis zum Jahr 2100 weltweit um 2 bis 4,5 Grad steigen.

Das DIW untersuchte einzelne Wirtschaftssektoren und simulierte ihre wahrscheinliche zukünftige Entwicklung. Mehr Hitze und Trockenheit würden dazu führen, dass Atom- und Kohlekraftwerke abgeschaltet werden müssen, weil die Flüsse nicht mehr genügend Wasser zur Kühlung führen, so die Prognose. Erdöl werde schon allein dadurch teurer, dass Hurrikane häufiger Schäden an den Förderplattformen anrichten könnten als derzeit. Auch die Energienetze in Deutschland werden wahrscheinlich öfter durch Stürme und Eis belastet.

Schäden an Gebäuden und Infrastruktur nehmen zu

Neben stärkerer Trockenheit werde es, so die Studie, mehr starke Niederschläge geben. Dadurch würden Immobilien- und Infrastrukturschäden ansteigen. Das könnte große Versicherungsunternehmen bis zu 100 Milliarden Euro zusätzlich kosten. Profitieren könnte der Tourismus in Nord- und Ostdeutschland, sobald in den Alpen kein Schnee mehr liegt. Auch die Erneuerbaren Energien und die Baubranche könnten einen Nutzen aus dem Klimawandel ziehen. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), Königin-Luise-Straße 5, 14195 Berlin
Tel. 030 / 89789-0, Fax -200

Studie: www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/wochenberichte/aktuell/?mediennr=0047601

Flugverkehr schadet dem Klima am meisten

DNR: „Traumurlaub in die Klimakatastrophe stoppen“

Anlässlich der Tourismusmesse ITB im März in Berlin hat der DNR Flugreisen als große Klimaverschmutzer kritisiert. Nach den jüngsten Daten der Europäischen Umweltagentur (EEA) in Kopenhagen nahm der Ausstoß klimaschädlicher Gase durch den Flugverkehr zwischen 1990 und 2003 in 32 Ländern Europas um 86 Prozent zu.

Tourismusunternehmen sollen mehr Bahn- und Busreisen anbieten

„Bundeskanzlerin Angela Merkel muss jetzt zum Schutz des Klimas handeln und sich dafür einsetzen, dass die skandalöse Mineralölsteuerbefreiung für den innerdeutschen Flugverkehr und die Umsatzsteuer-Befreiung auf internationale Flugtickets aufgehoben und eine europaweite Kerosinsteuer durchgesetzt wird“, forderte DNR-Generalsekretär Helmut Röscheisen. Die Tourismuskonzerne sollten die Zeichen des Klimawandels erkennen und statt Flugreisen verstärkt klimaverträglichere Bahn- und Busreisen anbieten.

Besteuerung des Flugverkehrs könnte bis zu einer Milliarde Euro einbringen

Durch die Verbrennung von Kerosin entstehen nicht nur CO₂, sondern auch Wasserdampf, Stickoxide, Sulfat- und Ruß-Aerosole. Die Bildung von Kondensstreifen und hohen Schleierwolken verringert die Wärmeabstrahlung der Erde. Dies verursacht nach Angaben der internationalen Klimaschutzkommission IPCC eine zwei- bis vierfach höhere Belastung mit Treibhausgasen als am Boden. Eine Mehrwertsteuer von 19 Prozent auf internationale Flugtickets würde rund 600 Millionen Euro im Jahr erbringen, eine Mineralölsteuer auf den innerdeutschen Flugverkehr fast 400 Millionen. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Deutscher Naturschutzring (DNR), Am Michaelshof 8-10, 53117 Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
eMail: info@dnr.de
www.dnr.de

Kurzmeldungen

Lufthansa will „Klimaschutz-Tickets“ statt Kerosinsteuer

Die Lufthansa will ihren Kunden künftig so genannte Klimaschutz-Tickets anbieten. Das Kompensationsmodell der Fluggesellschaft sieht vor, dass Passagiere einen freiwilligen Ausgleich zahlen, dessen Höhe nach dem jeweiligen Kohlendioxidausstoß für die Flugstrecke berechnet wird. Das Geld soll Umweltprojekten in Schwellenländern zugute kommen. Greenpeace kritisierte die „klimaneutralen“ Flugtickets. Damit würden nur die Kosten für den Klimaschutz an die Kunden weitergegeben. Ausgleichszahlungen seien zwar eine sinnvolle Maßnahme bei klimabewusstem Verhalten. Allerdings könne dies jeder auch ohne die Lufthansa als Mittler tun. Die Fluggesellschaft wehrt sich seit zehn Jahren gegen eine Kerosinsteuer und gegen die Einbeziehung des Flugverkehrs in den Emissionshandel. (mt)

Quelle: Berliner Zeitung 26.02.07

EU-Verkehrsminister stimmen

Luftverkehrsabkommen mit USA zu

Fluggäste auf Transatlantikstrecken zwischen Europa und den Vereinigten Staaten sollen mehr Auswahl zu günstigeren Preisen bekommen. Die Verkehrsminister der 27 EU-Staaten stimmten am 22. März in Brüssel einem Luftfahrtabkommen mit den USA zu, das Fluggesellschaften die freie Flughafenwahl beiderseits des Atlantiks erlaubt. Das „Open-Sky-Abkommen“ soll am 30. März 2008 in Kraft treten. EU-Verkehrskommissar Jacques Barrot erwartet, dass die Zahl der Passagiere im Transatlantikverkehr von heute knapp 50 Millionen auf rund 75 Millionen im Jahr 2013 ansteigt. Damit der Schadstoffausstoß der Flugzeuge nicht im gleichen Maße steigt, setzt Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee auf den Emissionshandel und eine bessere Flugsicherung, die Staus am Himmel über den Flughäfen verringern soll. Auch emissionsabhängige Landegebühren wie in Schweden und der Schweiz seien möglich. Umweltverbände fordern dagegen vor allem Steuern auf Kerosin und Flugtickets. (mt)

● Bundesverkehrsministerium, Berlin, Tel. 030 / 183003060, www.bmvbs.de

■

Deutsche Rohstoffausbeutung verschärft Kongo-Konflikt

UBA-Bericht deckt negative Folgen am Beispiel Coltan auf

„Konflikte um Ausbeutung und Nutzung von Coltan im Kongo unterstützen oder verschärfen bewaffnete Auseinandersetzungen“, heißt es in einem Forschungsbericht, den das Umweltbundesamt (UBA) im März veröffentlichte. Die Knappheit vieler Rohstoffe berge aufgrund des rasant steigenden weltweiten Bedarfs erhebliche Konfliktpotenziale, so die Forscher um Siegfried Behrendt vom Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (IZT) Berlin. Dies gelte nicht nur für fossile Energieträger, auf die sich die öffentliche Debatte derzeit konzentriere, auch für seltene mineralische Ressourcen. Beispielhaft sei hierfür Coltan, ein Erz, das für die Herstellung von Tantal genutzt wird. Tantal wird vor allem zur Herstellung von Werkstoffen und in der Elektronikindustrie benötigt. Man findet es in Hochleistungskondensatoren, Mobiltelefonen und Notebooks.

Folge von Coltanabbau: Intensivierung und Verlängerung des Kongo-Krieges

Offensichtlich sind dem Forschungsbericht zufolge Zusammenhänge zwischen der Verknappung von mineralischen Rohstoffen, dem damit verbundenen Konfliktpotenzial und Ressourcenmanagementstrategien in den Industrieländern. Das werfe beispielsweise die Frage auf, inwieweit die Nachfrage aus Deutschland und anderen Industrieländern nach seltenen Mineralien Konflikte am Ort der Rohstoffgewinnung und -bearbeitung unterstützen. Die Problematik bei Coltan besteht nach Darstellung der Auftragsforscher darin, dass der Abbau in der Demokratischen Republik Kongo von Bürgerkriegsparteien „illegal“ betrieben wird und zu erheblichen gesundheitlichen und ökologischen Schäden führt. Der Abbau sei auch in Nationalparks mit erheblichen Wirkungen auf Flora und Fauna erfolgt. (mt) ■

• Weitere Informationen

IZT Berlin, Siegfried Behrendt, Schopenhauerstr. 26, 14129 Berlin
Tel. 030 / 803088-10, Fax - 88
eMail: s.behrendt@izt.de
www.izt.de

Bericht: www.uba.de/uba-info-medien/
(„Neuerscheinungen“)

Bundesgesetz regelt Umweltschadenshaftung neu

Anpassung an europäische Vorgaben

Der Bundestag hat im März mit der Verabschiedung des Umweltschadenshaftungsgesetzes die europäische Haftungsrichtlinie umgesetzt. Mit dem Gesetz wird das deutsche Recht europäischen Vorgaben angepasst und die Haftung für Schäden von Arten und natürlichen Lebensräumen, der Gewässer sowie des Bodens neu geregelt. Neu ist, dass auch Umweltverbände das Recht erhalten Sanierungsmaßnahmen vor Gericht durchzusetzen. Die Verbände bezweifeln allerdings die Wirksamkeit des Gesetzes in der Praxis und kritisieren, dass die EU-Richtlinie lediglich 1:1 umgesetzt wurde.

Schwache Regeln für Landwirtschaft

Während sich FDP und Linkspartei aus unterschiedlichen Gründen enthielten, stimmten die Grünen für das Gesetz, kritisierten jedoch die „zu laschen“ Regeln für die Landwirtschaft. Hier sei das Gesetz „nicht nur unökologisch, sondern auch unökonomisch“, sagte die Abgeordnete Sylvia Kottling-Uhl. So koste ein Kilo Pestizide 10 Euro, das Herausfiltern von einem Kilo Pestiziden dagegen 100.000 Euro.

Bauernverband und Industrie unzufrieden

Der Deutsche Bauernverband (DBV) bemängelte dagegen, dass die Spielräume der EU-Richtlinie nicht ausgeschöpft worden seien. So enthalte das Gesetz keine Klarstellung, dass Landwirte die Sanierungskosten für eventuelle Umweltschäden, die trotz Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und der „guten fachlichen Praxis“ entstehen, nicht tragen müssten. Stattdessen werde dies den Ländern überlassen.

Die deutsche Industrie fürchtet vor allem viele gerichtliche Einzelfallentscheidungen, sollte das Gesetz nicht klarer ausfallen. Ihr Bundesverband BDI sieht dies als Nachteil, da Versicherer deshalb entsprechende Prämien vorsichtig kalkulierten. Damit seien diese anfangs so übersteuert, dass es sich für Firmen nicht lohne sich gegen Umweltschäden zu versichern. (fh, mb) ■

• Weitere Informationen

Quellen: agrarheute 9.3.2007, Das Parlament 12.3.2007

Umwelt-Studiengänge und Fortbildungen

Voll- oder berufsbegleitendes Studium an der Universität Rostock

Im kommenden Wintersemester bietet die Universität Rostock zum wiederholten Mal die weiterbildenden Master-Studiengänge „Umweltschutz“ und „Umwelt und Bildung“ an. Das viersemestrige Studium Umweltschutz orientiert sich an aktuellen Umweltproblemen und dem Einsatz erneuerbarer Energien. Die Studierenden sollen darin umfassende Kenntnisse auf dem Gebiet Umweltrecht und im Umgang mit geographischen Informationssystemen (GIS) erwerben. Im berufsbegleitenden Studiengang Umwelt und Bildung steht die Verknüpfung von umweltrelevantem Fachwissen mit pädagogischen Grundlagen der Erwachsenenbildung im Vordergrund. Das Studium ist in Selbststudienphasen sowie in Wochenendseminare mit konkreten Praxisbeispielen in Rostock und Umgebung unterteilt. Nach erfolgreichem Abschluss wird der international anerkannte akademische Grad Master of Science bzw. Master of Arts verliehen.

Weiterbildungen: Umwelttechnik, -management und -ethik

Zusätzlich zu den Studiengängen bietet die Uni Rostock im April und Mai Fortbildungen mit technisch-integrativen Bezügen zum Umweltschutz („Zukunftsfähige Technik im Umweltschutz“) an. Praktiker aus Unternehmen, Behörden und Verwaltungseinrichtungen mit Umweltschutzaufgaben können sich im Rahmen der Weiterbildung Umweltmanagement mit systematischem Vorgehen zur Prüfung und Zertifizierung von Umweltmanagementsystemen qualifizieren. Für Interessierte an ethischen Fragestellungen im Umweltbereich, bietet sich ab 2. Mai die Möglichkeit zweier umweltethischer Weiterbildungen: „Einführung in die Umweltethik und deren Grundlagen“, sowie „Leitbilder und Anwendungen von Umweltethik“. (fh) ■

• Weitere Informationen

Universität Rostock, Zentrum für Qualitätssicherung in Studium und Weiterbildung, Anne Jackstädt
Tel. 0381 / 49812-27, Fax -97
eMail: anne.jackstaedt@uni-rostock.de
www.weiterbildung-rostock.de

Kurzmeldungen

Aktion soll zu mehr Bewegung in der Natur motivieren

Die Nationalen Naturlandschaften und das Bundesgesundheitsministerium veranstalten am 20. Mai die gemeinsame Aktion „Bewegung liegt in unserer Natur - Jeden Tag 3000 Schritte extra“. Dabei sind alle Interessierten eingeladen einige der 14 Nationalparks, 14 Biosphärenreservate und 90 Naturparks, die zu den Nationalen Naturlandschaften gehören, zu Fuß zu erkunden. Die 2005 von Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt ins Leben gerufene Kampagne wird vom Deutschen Wanderverband, dem Deutschen Olympischen Sportbund und zahlreichen Vereinen und Unternehmen unterstützt. Bereits 380.000 Bürger/innen beteiligten sich. (fh)

● Infobüro Prävention, Berlin, Tel. 030 / 24086770, www.die-praevention.de

Weiterbildung

Naturerlebnis-Pädagogik

Die „Naturerlebnis-Pädagogik“ will Erfahrungsräume schaffen, in denen Menschen sich wieder als Naturwesen erleben können. Diese Art der Pädagogik soll spielerisch Interesse an der lebendigen Umwelt wecken und ökologisches Wissen mit Spaß vermitteln. Ziel ist es, Gruppenergebnisse zur Entwicklung der Persönlichkeit und der sozialen Fähigkeiten zu nutzen. Die Weiterbildung gliedert sich in die Seminarbausteine Naturkunde, Grundlagen der Naturerlebnis-Pädagogik, Leitungskompetenz und kooperative Abenteuerspiele sowie ein Praktikum von mindestens 40 Stunden. Alle Kurse können auch einzeln belegt werden. Nach Abschluss eines Bausteins erhalten die Teilnehmer/innen eine Teilnahme-Bescheinigung, nach der gesamten Weiterbildung ein qualifiziertes Abschluss-Zertifikat. (mt)

● Crenatur, Eitorf (Rhein-Sieg), Tel. 02243 / 8434-46, www.crenatur.de



Lesenswert

Kirchliche Gruppen informieren über G8-Themen, Kritik und Proteste

Der G8-Gipfel im Juni in Heiligendamm ist das Hauptthema der neuen Ausgabe des INKOTA-Briefs. Dabei werden sowohl der offizielle Gipfel und seine wichtigsten Themen analysiert und fundierte Kritik geboten als auch die Breite der Protestmöglichkeiten vorgestellt. Jeder Leser soll für sich eine Möglichkeit finden anlässlich des Gipfels aktiv zu werden. Das Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der acht mächtigsten Länder der Welt ist das wichtigste internationale Ereignis des Jahres für die Bundesregierung, die 2007 die G8-Präsidentschaft ausübt und im ersten Halbjahr auch die EU-Ratspräsidentschaft innehat. INKOTA ist ein ökumenisches Netzwerk entwicklungspolitischer Basis Gruppen, Weltläden, Kirchengemeinden und Einzelengagerter. (mt)

„Der G8-Gipfel in Heiligendamm - Die Themen, die Kritik, die Proteste“, INKOTA-Brief 139, März 2007, 3,50 Euro; Hrsg./ Bezug: INKOTA, Fax 030 / 4289-112, inkota-brief@inkota.de, www.inkota.de

Demografischer Wandel: Neue Spielräume für die Umweltpolitik

Ende 2006 befassten sich DNR, BUND und NABU im Rahmen ihrer Konferenz „Älter, weniger, weiter weg“ mit dem demografischen Wandel und stellten dabei die umweltpolitischen Aspekte in den Vordergrund der Diskussion (DRB 02.07, S. 17). Angeregt durch die Konferenz griff der Oekom-Verlag die Debatte auf und produzierte gemeinsam mit den drei Umweltverbänden ein Schwerpunktheft. Das Heft gibt zunächst einen Überblick über die demografische Entwicklung in Deutschland. Dabei wird auch kritisch nachgefragt, warum die Veränderung der Bevölkerungsstruktur gerade jetzt eine so starke gesellschaftspolitische Diskussion auslöst, denn im 20. Jahrhundert waren die Veränderungen viel gravierender. Mit Beiträgen über Bevölkerungsentwicklungen in Japan und in Entwicklungsländern blicken die Redakteure auch über den Tellerrand. Der Fokus des Heftes liegt aber auf den bisher vernachlässigten Umweltaspekten des demografischen Wandels in Deutschland. Die Autoren räumen vor allem mit dem Vorurteil auf, dass eine sinkende Bevölkerungszahl automatisch zu weniger Verkehr, mehr Umweltschutz und neuen Wildnisflächen führt. Sie befassen

sich der notwendigen Anpassung bei Mobilität, Wasserversorgung und anderen Infrastruktureinrichtungen sowie mit der Entwicklung von Wildnis und Naturschutz in Schrumpfungregionen. Der Tenor: Eine Anpassung der existierenden Planungen ist notwendig - Umweltschutz bleibt eine Gestaltungsaufgabe. Bei sich verändernder Bevölkerungszahl und -struktur werden neue Bedarfsanalysen immer wichtiger. Anreize für flächensparendes Wohnen und den Umstieg auf den ÖPNV sind auch zukünftig notwendig. Weitere Artikel des Heftes befassen sich mit dem Konsumverhalten älterer Menschen, ihrem Engagement in der Umweltbildung und im Naturschutz. Ein Interview mit Deutschlands einziger kommunaler Demografie-Beauftragter rundet das Heft ab. (al)

Demografischer Wandel: Neue Spielräume für die Umweltpolitik, politische ökologie 104, München 2007, 72 S., 14,90 Euro, ISBN 978-3-86581-065-6



Gastbeitrag Neue Wälder auf alten Industrieflächen

Von Ulrich Kriese, NABU

Bedeutung und Wahrnehmung neuer StadtNatur

Mit dem wirtschaftlichen Strukturwandel seit den 1970er Jahren und nach dem Ende der DDR 1990 entstanden neue Naturräume auf Altindustrieflächen. Die Internationale Bauausstellung Fürst-Pückler-Land (2000-2010) beschäftigt sich intensiv mit der postindustriellen Renaturierung der Lausitz. Ähnliches passiert in der Bergbaufolgelandschaft Leipziger Süden. Im Saarland hat sich „Saarkohlenwald“ zu einem Besuchermagneten entwickelt. Im Ruhrgebiet entstanden an Standorten wie dem Consol-Park in Gelsenkirchen, dem Golfplatz Jacobi/Amalia in Oberhausen oder dem Bürgerpark in Oberhausen-Osterfeld neue postindustrielle Grünflächen, bis hin zu neuen Wäldern, den so genannten Industriegewaldern.

„Industriegewälder“ als neue Waldflächen haben sich durch natürliche Sukzession auf den Brachen ehemaliger Industrieanlagen und Zechen spontan entwickelt. Die Industriegewälder sind im Vergleich zu anderen Stadtnaturtypen wie etwa den Stadtparks durch eine besonders hohe Artenvielfalt gekennzeichnet. Spezialisten, die aufgrund des hohen Nutzungsdrucks auf anderen urbanen Flächen nicht mehr existieren, finden hier Entwicklungsmöglichkeiten, wie der Gewöhnliche Hirschsprung, der auf Industriebrachen einen Ersatzlebensraum für verschwundene Kiesbänke natürlicher Fließgewässer gefunden hat. Neben vielen weiteren finden hier gefährdete oder seltene Arten wie das Kleine Tausendgüldenkraut, der Hirschkäfer, die Hohltaube, viele Spechtarten oder die Gelbbauchunke neuen Lebensraum.

Saar-Urwald

Für Stadtmenschen bieten Industriegewälder die Möglichkeit, in seiner unmittelbaren Nähe „wilde Natur“ zu erleben. Der Industriegewald stellt als „neue Wildnis“ eine eigene Form von unberührter Natur mitten in der hoch verdichteten Stadt dar. Dies erkannte auch der NABU und drängte die saarländische Landesregierung ein großflächiges Wald-Schutzgebiet einzurichten.

Heute wird das rund 1000 Hektar große Schutzgebiet „Urwald vor den Toren der Stadt“ gemeinsam vom saarländischen Umweltministerium, der Forstverwaltung und dem NABU betreut.

Das Schutzgebiet wird von kilometerlangen Schlackenhalde, Landstraßen, Gasstrassen und Wasserleitungen durchzogen. Ein Haldenrundweg verbindet die Halde als wichtige Relikte des Bergbaus und Landmarken des Saarkohlenwaldes miteinander und mit dem Erleben von „wilder Natur.“ Rund 200 Veranstaltungen pro Jahr finden hier statt - von A wie After-Work-Entspannung bis W wie Wildkochkurse. Im Programm sind Musikabende, Lesungen und Ferienprogramme, Klang-Workshops und Wildnis-Foren, Mal-, Foto- und Videokurse sowie naturkundliche Führungen, Seminare und Vorträge. Und immer lautet der kulturelle Auftrag: Entdeckt die Wildnis, erlebt die Natur.

Industriegewälder im Ruhrgebiet

Der besondere Stellenwert der Industriegewälder für das Ruhrgebiet sowohl in ökologischer als auch in soziokultureller Perspektive wird im Masterplan Emscher-Landschaftspark 2010 detailliert dargestellt. Der Emscher-Park gilt als bedeutendes europäisches Landschaftsexperiment und wurde aufgelegt, um innovative Konzepte für die veränderten und neuen Ansprüche an die verschiedenen Formen von (Stadt-)Natur als Naherholungs- und ökologische Ausgleichsgebiete im Ballungsraum Ruhrgebiet zu entwickeln. Er umfasst das gesamte Gebiet des Regionalverbandes Ruhrgebiet (RVR). Industriegewäldern kommt hier angesichts der Vielzahl und des Umfangs an industriellen Brachflächen, insbesondere im nördlichen Ruhrgebiet, der Emscherregion, wachsende Bedeutung zu. Zumal Investoren für eine ökonomische Inwertsetzung dieser Brachen vielfach ebenso fehlen wie öffentliche Mittel für eine aufwändige Neu- und Umgestaltung.

Im Rahmen der Internationalen Bauausstellung Emscher-Park (1989-99) wurde 1995 das „Restflächenprojekt“ begonnen, das seit 2002 unter der Bezeichnung „Industriegewald Ruhrgebiet“ fortgeführt wird.

Das Projekt hat zum Ziel, die Bewaldung frei werdender Industriebrachen durch natürliche Sukzession zu fördern sowie den Wohnumfelddefiziten in den umliegenden Quartieren durch die behutsame Erschlie-

bung der Industriegewälder als neue Naturerlebnis- und Erholungsräume zu begegnen. Es umfasste in der Startphase die Brachen der ehemaligen Zechen Rheinelbe (53 Hektar) und Alma (34 Hektar) in Gelsenkirchen sowie der Zeche Zollverein (53 Hektar) in Essen. Weitere Flächen wie die der Kokerei Hansa in Dortmund oder der Zeche Waltrop kamen in der Folgezeit hinzu, wobei die Flächenaufnahme noch nicht abgeschlossen ist. Derzeit sind rund 240 Hektar als Industriegewald ausgewiesen. Die inzwischen teilweise dichten Wälder auf diesen Flächen wurden mit Wegen erschlossen und wurden von der Bevölkerung angenommen.

Nutzung von Industriegewäldern durch türkische Migranten

Aufgrund der industriellen Vorgeschichte und der damit einhergehenden Arbeitsplatzverluste, die nicht kompensiert werden konnten, liegen Industriegewaldflächen und Wohngebiete mit einem hohen Migrantenanteil in vielen Fällen eng beieinander. Hier leben viele Einwanderer, die sich um die vormals noch existierenden Industriebetriebe angesiedelt und bis zu deren Schließung dort gearbeitet haben. Zum Beispiel beträgt der Anteil türkischer Migranten an allen Migranten in Gelsenkirchen-Bismarck rund 70 Prozent. Neben dem hohen Migrantenanteil und hoher Arbeitslosigkeit sind diese Quartiere geprägt durch ein mangelhaftes Wohnumfeld. Natur ist für die Bewohner solcher Stadtteile kaum noch erfahrbar. Die Potenziale der vielen Brachflächen sollten genutzt werden, um solchen Defiziten in diesen Quartieren entgegenzuwirken.

Das Forschungsprojekt „StadtNatur - Wahrnehmung, Bewertung, Aneignung durch türkische MigrantInnen im nördlichen Ruhrgebiet“ geht auf diesen besonderen Zusammenhang ein. Im Auftrag des Umweltministeriums NRW wurde dieses Projekt in den Jahren 2004 und 2005 in Kooperation zwischen dem Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialgeographie des Geographischen Instituts in Bochum und dem Institut für Geographie und ihre Didaktik in Dortmund durchgeführt. Untersucht wurden die Industriegewälder Rheinelbe (Gelsenkirchen-Ückendorf/Bochum-Leithe), Graf Bismarck (Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord) und Hansa (Dortmund-Huckarde).

Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass türkische Migranten im Ruhrgebiet „Natur

in der Stadt“ selten positiv bewerten. Auch der Begriff „StadtNatur“ stößt auf Unverständnis oder wird mit bebauter Umwelt oder auch mit Verschmutzung gleichgesetzt. Dies unterstreichen auch folgende Zitate aus Interviews, die während der Studie mit Bewohnern geführt wurden:

- „Da gibt es nichts in der Stadt, so etwas Augenfälliges.“
- „Es gibt mehr Gebäude. Ich sehe keine Natur.“
- „Benzingeruch, Luftverschmutzung, was gibt es sonst?“

Zwar hat die Schließung der Industriebetriebe zur Verbesserung der Umweltqualität beigetragen. Dennoch wird sie nach wie vor durch eine hohe Verkehrsbelastung und einen Mangel an Freiflächen in den Quartieren beeinträchtigt. Industrieböden sind für die Quartiersbewohner zur Erholung und Entspannung von sehr hoher Bedeutung. Sie werden von den türkischen Migranten auch häufig genutzt. Meist kommen zunächst die Kinder und Jugendlichen mit den Industrieböden in Berührung, und zwar in der Regel über Veranstaltungen mit Kindergärten und Schulklassen. Danach kommen sie mit ihren Familien und Freunden auf die Flächen.

Die befragten Bewohner gaben an, die Industriebödenfläche in ihrem Quartier vor allem zum Spazierengehen zu nutzen. Die intensivste Nutzung der Flächen findet an Wochenenden durch Familien statt. Allein werden solche Flächen, besonders von Frauen, so gut wie nie besucht. Der Industrieboden ist sowohl von den befragten Bewohnern als auch von den Experten als „Angstraum“ beschrieben worden, insbesondere aus Furcht vor gewalttätigen Übergriffen durch soziale Randgruppen.

Viele türkische Migranten ziehen gestaltete Parks den Industrieböden vor, vermutlich weil sie aus der Türkei überwiegend die gestalteten Parkanlagen wie etwa die „aile bahçeleri“ (Familiengärten) kennen. Dies sind kleine Parks mit Gastronomiebetrieben, die hauptsächlich von Familien besucht werden und ein entsprechendes Angebot offerieren, zum Beispiel Spiel- und Grillplätze.

Empfehlungen

Dies gilt es bei der Planung und Betreuung von Industriebödenflächen zu beachten:

- Mehr Information und Kommunikation, mehr transparente Planung! Durch zusätzliche Information und Kommunikation über die laufenden Planungen kann das Engagement der Bürger für eine aktive Mitgestaltung gewonnen werden.
- Mehr Sicherheit im Wald! Mit vermehrtem bürgerschaftlichen Engagement, etwa durch Industriebödenpaten, und verstärkter Präsenz der Förster auf der Fläche sowie Aufklärungsarbeit vor Ort kann mehr Sicherheit vermittelt werden.
- Industrieböden-Förster sollten auch etwas von Jugend- und Sozialarbeit verstehen.
- Praktische Umsetzung des Aneignungsgedankens! Als neue Projektidee soll als Pilotfläche auf den Halden einer ehemaligen Zeche unter dem Titel „Place-making“ mit den Quartiersbewohnern die Brachflächen im Rahmen innovativer Stadtnaturkonzepte gestaltet werden. Diese praktische Umsetzung des Aneignungsgedankens soll im Sinne von „Best Practice“ auch Übertragungsmöglichkeiten auf andere Brachflächen ermöglichen.
- Stärkere Aktivierung von Kindergärten und Schulen! Im Falle der hier näher untersuchten und vorgestellten Industriebödenprojekte im Ruhrgebiet ist die direkte Ansprache türkischer Familien in der jüngeren Vergangenheit erfolgreich über einzelne Kindergarten- und Schulgruppen erfolgt. Zukünftig ist eine noch stärkere und systematische Aktivierung der türkischen Bevölkerung durch Schulen und Kindergärten zu empfehlen. Hierbei können besondere Kenntnisse, die für eine selbstständige Aneignung der Flächen notwendig sind, frühzeitig vermittelt werden. Für ein interkulturelles Vorgehen kann aus den Erfahrungen mit den Internationalen Gärten in Göttingen, den „Bunten Gärten“ in Essen-Katernberg oder den Gemeinschaftsgärten in Berlin gelernt werden.



• Weitere Informationen

Naturschutzbund (NABU), Bundesausschuss Siedlungsentwicklung, Ulrich Kriese, Hans-Vetter-Straße 120, 79650 Schopfheim
Tel. 07622 / 6847344
eMail: ulrich.kriese@nabu.de

Quelle (mit weiterführenden Links und Literaturempfehlungen):
www.nabu.de/m01/m01_01/06360.html

Monatlicher Newsletter „Living 2010“ rund um nachhaltige Siedlungsentwicklung und Flächensparen:
www.nabu.de/modules/newsletter

Forschungsprojekt „StadtNatur - Wahrnehmung, Bewertung, Aneignung durch türkische MigrantInnen“, Gisela Prey, Orhan Güles, Ruhr-Universität Bochum, Geographisches Institut
Tel. 0234 / 3224790
eMail: gisela.prey@rub.de

Deutschlands Artenvielfalt schwindet weiter

Neue Rote Liste: 72 Prozent aller Biotope gefährdet

72 Prozent aller 690 verschiedenen Lebensräume in Deutschland sind gefährdet oder sogar akut von der Vernichtung bedroht. Dies geht aus der am 28. März in Berlin vorgestellten neuesten Auflage der Roten Liste für gefährdete Biotoptypen hervor. Die Rote Liste wird etwa alle zehn Jahre aktualisiert, die letzte Biotop-Liste stammt von 1994. Damals galten 68 Prozent der Lebensräume als bedroht. Der Verlust an Lebensräumen sei nicht oder nur mit großem Aufwand rückgängig zu machen, sagte Bundesumweltminister Sigmar Gabriel. Verschwundene Arten seien „gelöschte Daten auf der Festplatte der Natur“.

Wiesen und Klarwasser-Seen sind besonders betroffen

Besonders dramatisch ist laut Bundesumweltministerium der Rückgang einstmals weit verbreiteter blumenreicher Wiesen und Weiden oder der Klarwasser-Seen. Auch Streuobstwiesen würden zunehmend aus der Flur verschwinden. Als Gründe für die Zustandsverschlechterung nannte Minister Gabriel einen weiteren Rückgang naturnaher Wälder, einen nach wie vor hohen Flächenverbrauch sowie eine steigende Nutzungsintensität in den Kulturlandschaften. Negativ habe sich auch die Umschichtung von EU-Agrarmitteln ausgewirkt. Dringend müsse dies bei der Evaluierung der europäischen Agrarpolitik 2008 korrigiert werden. Allerdings sieht der Bundesumweltminister auch positive Signale: „Die Naturschutzpolitik der EU hat mit der Vogelschutzrichtlinie, der Wasserrahmenrichtlinie oder der FFH-Richtlinie dazu beigetragen, dass es stellenweise auch Stabilisierungen gegeben hat.“ So habe sich die Ausweisung von fünf Gebieten an der Nord- und an der Ostsee stabilisierend auf die Biotope ausgewirkt. (mt) ■

• Weitere Informationen

Bundesamt für Naturschutz, Konstantinstr. 110, 53179 Bonn
Tel. 0228 / 8491-0, Fax -9999
eMail: pbox-bfn@bfn.de
www.bfn.de

Quelle: taz 29.03.07

„Bundeshauptstadt im Naturschutz“ gesucht

Kommunen können sich bis 30. Juni bewerben

Noch bis zum 30. Juni können Kommunen als Teilnehmer des Wettbewerbs „Bundeshauptstadt Naturschutz“ ihr Naturschutz-Profil bei der Deutschen Umwelthilfe (DUH) einreichen. In einem Fragebogen werden die bisherigen Arbeiten der Kommunen in Sachen Naturschutz aufgelistet und dann bewertet. Das Spektrum der Fragen ist breit angelegt. So wird nach freiwilligen Maßnahmen der Kommunen im Rahmen der Bauleitplanung, nach der ökologischen Pflege eigener Grünflächen und Schutzgebiete, der Renaturierung von Gewässern oder nach dem Einsatz im Artenschutz gefragt.

Integration von Bürgern in den Naturschutz soll belohnt werden

Neben der beispielgebenden Signalwirkung durch die Kommunen selbst kommt es aber auch darauf an, inwieweit die Bürger in die Arbeit für den Naturschutz eingebunden werden. Als besonders wirksam haben sich hier laut DUH Maßnahmen erwiesen, bei denen weitere Kooperationspartner, aber auch die gewählten Räte eingebunden werden. Auch dies wird im Wettbewerb belohnt, der am 1. März begonnen hat. Die Antworten der Teilnehmer-Kommunen werden mit einer festgelegten Punktzahl bewertet. Die Kommune, die die meisten Punkte erzielt, wird mit dem Titel „Bundeshauptstadt im Naturschutz“ ausgezeichnet. Darüber hinaus werden jeweils die besten drei Städte und Gemeinden in vier Einwohnerkategorien geehrt. Die Grenzen der Teilnehmerklassen liegen bei 10.000, 30.000 und 100.000 Einwohnern. Erreicht eine Kommune die erforderliche Punktzahl, so wird sie im Herbst 2007 in Berlin mit dem Titel „Naturschutzkommune“ ausgezeichnet. Vorbildliche Konzepte sollen in einer Broschüre dokumentiert und bekannt gemacht werden, um andere zur Nachahmung zu motivieren. (mt) ■

• Weitere Informationen

Deutsche Umwelthilfe, Robert Spreter, Fritz-Reichle-Ring 4, 78315 Radolfzell, Tel. 07732 / 9995-30, Fax -77
eMail: spreter@duh.de
www.naturschutzkommune.de

NABU-Studie über Windräder: Chancen durch Repowering

Standortwahl verringert Risiko für Vögel

Bei Rastvögeln nehmen Störungsempfindlichkeit und Kollisionsrisiko mit der Anlagengröße von Windkraftträdern zu. Doch nicht immer wirkt sich das „Repowering“, also das Ersetzen von Windrädern durch größere und leistungsfähigere Anlagen am gleichen Standort, negativ auf Vögel und Fledermäuse aus. Dies ergab eine vergleichende Studie des Bergenhusener Michael-Otto-Instituts im NABU. Doch laut dem Institut sollte man bei der Aufstellung von Windkraftträdern mehr auf die Standortwahl achten. Besonders gefährdet sind der Studie zufolge Greifvögel wie Seeadler und Rotmilan. Generell sind für Vögel Anlagen an Gewässern und anderen Feuchtgebieten besonders unfallträchtig. Anlagen in der Umgebung von Wäldern stellen wiederum für Fledermäuse eine große Gefahr dar.

Repowering als Möglichkeit zur Standortoptimierung

Die Studie schafft künftig Planungssicherheit, indem sie Anlagenbauern und Genehmigungsbehörden Hinweise gibt, wo große Anlagen errichtet werden können, so der NABU. Für den Leiter der Studie Hermann Hötker bietet diese Form der Standortbestimmung neue Möglichkeiten: „Es besteht im Rahmen des Repowering die große Chance, Windkraftanlagen an den Stellen, an denen sie nicht stehen sollen, zu beseitigen und an anderen Stellen, wo sie kaum messbare Schäden für die Natur verursachen, wieder aufzubauen.“ Die Untersuchung des Instituts basiert auf einer Auswertung von 127 Einzelstudien aus zehn Ländern. Nicht nur das Unfallrisiko durch Windkraftanlagen wurde darin berücksichtigt, sondern auch ihre Scheuchwirkung auf rastende Vögel. So meiden Gänse, Schwäne und Watvögel die Umgebung von Windkraftanlagen und können dadurch wertvolle Rastgebiete verlieren. (mt) ■

• Weitere Informationen

Michael-Otto-Institut im NABU, Hermann Hötker, Goosstroot 1, 24861 Bergenhusen
Tel. 04885-570, Fax -583
eMail: nabu-inst.bergenhusen@t-online.de
www.bergenhusen.nabu.de

Kurzmeldungen

Magnetwellen sollen Fledermäuse von Windkraftanlagen fernhalten

Eine im März veröffentlichte Studie schottischer Wissenschaftler lässt den Schluss zu, dass elektromagnetische Abweiser Fledermäuse vor dem Tod durch die Kollision mit Windrädern bewahren könnten. Die Wissenschaftler untersuchten das Verhalten von Fledermäusen in der Umgebung von zehn verschiedenen Radarstationen in Schottland. Dabei zeigte sich, dass die Fledermäuse alle Bereiche mieden, in denen die Forscher elektromagnetische Strahlung gemessen hatten. Möglicherweise werden die Fledermäuse durch die elektromagnetischen Strahlen abgeschreckt. Die Forscher schlagen nun vor, Windräder mit elektromagnetischen Abweisern auszurüsten. Problematisch sei allerdings, dass die Flugrouten der Fledermäuse nicht immer nachvollziehbar seien. Dies erschwere eine zuverlässige Planung. (fh)

Quelle: pte 16.03.07

Proteste gegen Umweltzerstörung durch Bauboom auf Mallorca

Über 50.000 Mallorquiner/innen haben Mitte März gegen den derzeitigen Bau- und Immobilienboom protestiert. Viele Bewohner befürchten, die Insel könnte mit dem ungebremsten Bau von immer mehr Hotels, Villen und Feriensiedlungen allmählich zubetoniert werden. Die lokale Umweltschutzorganisation GOB, die zu der Kundgebung aufgerufen hatte, beklagte „einen beispiellosen Raubbau an der Natur“, der nicht einmal vor Schutzgebieten halt mache. Mallorca hatte 2006 eine Rekordzahl von 9,6 Millionen Urlaubern aufgenommen, neun Prozent mehr als im Vorjahr. Die Deutschen bilden mit über einem Drittel die größte Gruppe. Auch viele Ferienhaus- und Villenbesitzer kommen aus Deutschland. (nt)

● GOB, Gerald Hau (dt.), Palma de Mallorca, Tel. 0034 / 9714960-60, Fax -78, mobil 0170 / 8865542

eMail: gobmallorca@email.de

www.gobmallorca.com



Lesenswert

Dezentrale Maßnahmen zur Hochwasserminderung

Der vorliegende, nach dem allgemeinen Stand der Technik aufbereitete DWA-Themenband möchte einen Beitrag dazu leisten, den qualitativ grundsätzlich sinnvollen Einsatz dezentraler Hochwasserschutzmaßnahmen auch quantitativ zu würdigen. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf der natürlichen Wasserrückhaltung und auf Maßnahmen am Übergang zum technischen Umweltschutz. Im Anschluss an eine kurze, übersichtliche Einführung werden effektive und zugleich kostengünstige Möglichkeiten zur Hochwasserminderung in Siedlungsgebieten, auf Agrarflächen und an Gewässern aufgezeigt. Dabei werden jeweils geeignete Maßnahmen, wie Entsiegelung, Regenwasserversickerung und Mulden-Rigolen-Systeme für Siedlungsgebiete, behandelt und das Ausmaß ihrer Schutzwirkung anhand von Simulationsmodellen dargestellt. Die Erkenntnisse werden durch Fallbeispiele illustriert. Das Besondere an der vorliegenden Arbeit ist, dass sie die Wirkungsweise von dezentralen Einzelmaßnahmen im Simulationsmodell abbildet, quantitative Aussagen zum kombinierten Einsatz macht und die Vorteile gegenüber zentralen Hochwasserschutzmaßnahmen kritisch hinterfragt. So lässt sich in einem Fall die höhere Effizienz eines großen, zentral angeordneten Rückhaltebeckens gegenüber einer Vielzahl im Gebiet verstreuter Anlagen zeigen. Der Themenband eignet sich als Ideen- und Ratgeber für die mit dem Hochwasserschutz betrauten Instanzen und dient zugleich durch die sachliche und wissenschaftlich fundierte Aufbereitung als Diskussionsgrundlage. (Marika Holtorff)

DWA (Hrsg.): „Dezentrale Maßnahmen zur Hochwasserminderung“, DWA-Themen HW-4.3, Hennef 2006, 110 S., 40,- Euro, ISBN 3-939057-05-3, kostenlose PDF-Version: DWA, eMail: info@dwa.de



Gesetzentwurf zur Bahnprivatisierung

Bund steht vor Verlust seiner wirtschaftlichen Einflussnahme

Einem Gesetzentwurf aus dem Verkehrsministerium vom 8. März zufolge verliert der Bund nahezu jeden Einfluss auf die Netzinfrastruktur der Deutschen Bahn AG und auf den angebotenen Bahnverkehr. Der Entwurf ist ein Schritt zur vollständigen Privatisierung der DB AG und ihrer Teilnahme am Börsengang. Juristisch bleibt der Staat Eigentümer des Netzes und soll somit auch für den Nahverkehr, den Unterhalt des Netzes und für den Gleisneubau weiter jährlich 2,5 Milliarden Euro zahlen. Auf der anderen Seite wird für 15 Jahre der Bahn und ihren künftigen Anteilseignern die wirtschaftliche Einflussnahme garantiert.

Scharfe Kritik von Umwelt- und Verkehrsverbänden

Für 15 Milliarden Euro soll die Deutsche Bahn AG nach Angaben des Bündnisses „Bahn für Alle“ an Großinvestoren verkauft werden. Diese erwarteten hohen Profit. Dem Bahn-Bündnis zufolge richtet Bahnchef Mehdorn die Bahn seit Jahren auf Gewinnmaximierung aus. Statt in Kundenbindung und in hohe Netzgeschwindigkeit investiere er Milliarden in Hochgeschwindigkeitsstrecken und bahnfremde Branchen wie den Gebrauchtwagenhandel. Dafür brauche er das Geld von den Investoren. In „Bahn für Alle“ haben sich Attac, BUND, NaturFreunde, Robin Wood, Umkehr e. V., VCD Brandenburg, Grüne Jugend, Eurosolar, Ver.di, Bahn von unten und Bürgerbahn statt Börsenbahn zusammengeschlossen.

DGB-Bundesvorstand votiert grundsätzlich gegen Privatisierung

Seit 1994, dem Beginn der Bahnreform, erhofften sich die Befürworter vom Börsengang der Deutschen Bahn mehr Effizienz und Service und weniger Kosten für die Steuerzahler. Dazu hatte die große Koalition im November 2006 einen Bundestagsbeschluss herbeigeführt (DRB 10.06, S. 20). Presseberichten zufolge wurden jedoch seit 1994 über 5.000 Kilometer Schienenstrecke stillgelegt, 400 Bahnhöfe geschlossen und 100.000 Stellen abgebaut. Vier von fünf Kunden seien unzufrieden und dem Steuerzahler drohten nun weitere Milliardenkosten.

Deshalb, so der Bahnexperte bei der Gewerkschaft Ver.di Stefan Heimlich, habe sich das oberste Gewerkschaftsgremium, der DGB-Bundesvorstand, Anfang März in Berlin grundsätzlich gegen eine Bahnprivatisierung ausgesprochen.

Die negativen Folgen einer Bahnprivatisierung zeigen sich laut „Bahn für Alle“ heute schon in Großbritannien: Streckenstilllegungen, extrem steigende Preise, Massenentlassungen und Fahrplanchaos. Ein bürgernahes und gut funktionierendes Beispiel für eine Bahn in öffentlicher Hand sieht das Bündnis hingegen in der Schweiz.

Privatisierungsgegner sehen Chance durch öffentlichen Druck

► Mitte März veranstaltete das Bündnis „Bahn für Alle“ in Berlin eine bundesweite Konferenz unter dem Titel „Die Bahn ist keine Ware“. Dabei diskutierten Privatisierungsgegner, wie der Börsengang doch noch verhindert werden kann. Die Aktivisten sehen nun gesteigerte Chancen, denn auch der SPD-Politiker und Präsident von Eurosolar Hermann Scheer berichtete aus seiner Bundestagsfraktion: „Der Börsengang hat keine Mehrheit“. Auch der größte Teil der deutschen Bevölkerung ist gegen die Privatisierung. Das hatte eine Emnid-Umfrage im November 2006 ergeben. Demnach sind 71 Prozent der Bevölkerung dafür, die Bahn in öffentlicher Hand zu behalten. „Öffentlicher Druck ist notwendig“, fordert Scheer. In jedem Wahlkreis müssten die Bundestagsabgeordneten zu Stellungnahmen gezwungen werden. „Für eine neue Bahnpolitik gehört Hartmut Mehdorn entlassen“, so Scheer. (mt) ■

• Weitere Informationen

Bahn für Alle, Oliver Waltenrath, Frankfurt am Main
Tel. 069 / 900281-40
eMail: info@bahn-fuer-alle.de
www.bahn-fuer-alle.de

BUND, Verkehrsexperte Tilmann Heuser, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
Tel. 030 / 275864-82, Fax -40
eMail: tilmann.heuser@bund.net
www.bund.net/verkehr

Weitere Quellen: dpa 06.03.07, Glocalist 14.03.07

Dresdner Elbtal vor Verlust des Weltkulturerbestatus

Sächsisches Obergericht beschließt Brückenbau in Dresden

Dresdens umstrittenes Verkehrsprojekt Waldschlösschenbrücke darf gebaut werden. So lautet das Urteil des Obergerichts (OVG) Bautzen vom 8. März. Die Brücke soll über das Dresdner Elbtal errichtet werden, das bis jetzt Weltkulturerbe der Unesco ist. Nun droht dem Tal dieser Titel aberkannt zu werden.

Kommune wehrte sich vergeblich - Stadtrat reicht Verfassungsklage ein

Die Dresdner hatten im Februar 2005 in einem Bürgerentscheid, den ADAC, CDU und FDP initiiert hatten, mehrheitlich für den 1996 beschlossenen Brückenbau gestimmt. Ein Antrag der Kommune gegen die Verpflichtung blieb erfolglos. 2004 hatte die Unesco die Landschaft zum Weltkulturerbe erklärt. Seitdem ist der Bau der Brücke ein internationales Politikum. 2006 setzte die Unesco das Dresdner Elbtal sogar auf die Rote Liste besonders gefährdeter Weltkulturerbestätten. (DRB 09.06, S. 24). Gegen den Bau der Brücke will der Stadtrat nun vor dem Bundesverfassungsgericht klagen.

Bürgerinitiative ruft zum internationalen Protest auf

► Die Bürgerinitiative „Welterbe Dresdner Elbtal“ bezeichnet die Entscheidung des Gerichts als eine Fehlentscheidung. Auch für alle anderen deutschen Welterbestätten könne die Durchsetzung des Baus eklatante Folgen haben: „Dieser Gerichtsbeschluss bedeutet, dass fragwürdige Bauvorhaben mittels eines Bürgerentscheids in Welterbegebieten durchgesetzt werden können, auch wenn sie dem Ansehen und den völkerrechtlichen Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland zuwider laufen.“ Die Bürgerinitiative ruft die Öffentlichkeit zu Unterschriften- und Briefaktionen auf, um damit den sächsischen Ministerpräsidenten Georg Milbradt zum Einlenken zu bewegen. (fh, mt) ■

• Weitere Informationen

Bürgerinitiative Welterbe Dresdner Elbtal, Jana Hohlfeld, Judeichstraße 7, 01099 Dresden
Tel./Fax 0351/ 4721427
eMail: kontakt@welterbe-dresdner-elbtal.de
www.elbwiesen-erhalten.de

Kurzmeldungen

Allianz pro Schiene: Bund soll Nahverkehrs-Kürzungen zurücknehmen

Die „Allianz pro Schiene“ hat die Bundesregierung Anfang März aufgefordert, die im Juni 2006 beschlossene Milliarden-Kürzung der Nahverkehrszuschüsse rückgängig zu machen. Damals hatten Bundestag und Bundesrat beschlossen, die Finanzmittel des Bundes für den ÖPNV bis 2010 um 3,3 Milliarden Euro zu reduzieren. Die Allianz pro Schiene hatte zuvor gewarnt, dass durch die Kürzungen in wenigen Jahren jeder fünfte Nahverkehrszug in Deutschland gestrichen werden müsse, wenn die Bundesländer die Kürzungen des Bundes nicht mit eigenen Mitteln auffangen. Das Schienenbündnis begrüßte daher den Appell des Chefs der UN-Umweltbehörde UNEP Achim Steiner, die Verkehrspolitik in Deutschland ökologischer auszurichten. Jetzt müssten Bund und Länder sich schnell zusammensetzen und die ursprüngliche Summe in voller Höhe wieder zweckgebunden für den öffentlichen Nahverkehr bereitstellen, forderte das Schienenbündnis. Nur mit einem gut ausgebauten öffentlichen Personenverkehr blieben Mobilität und Klimaschutz auch künftig vereinbar. (mt)

Quelle: LiZ 14.03.07

BUND Hessen, Thomas Norgall, Tel. 069 / 67737614, www.bund-hessen.de

EU-Umweltkommissar für Tempolimit und CO₂-Handel im Luftverkehr

Nach dem EU-Gipfel Mitte März zum Klimaschutz (EUR 04.07, S. 19) hat Umweltkommissar Stavros Dimas ein Tempolimit auch auf deutschen Autobahnen gefordert. Der Bundesrepublik komme beim Klimaschutz eine besondere Verantwortung zu, sagte Dimas. Die EU-Staaten müssten in der Praxis zeigen, dass Klimaschutz machbar und bezahlbar sei. Nur so gelinge ein Durchbruch zu mehr Klimaschutz. Die Erweiterung des Emissionshandels auf den Flugverkehr nannte Dimas als eine der nächsten Maßnahmen der EU-Kommission. Die Methode, bei der Unternehmen Verschmutzungsrechte zugeteilt bekommen, die sie dann selbst nutzen oder verkaufen können, gilt bislang nur für die Industrie. (mt)

● EU-Umweltkommissar Stavros Dimas, Brüssel, Tel. 0032 2 / 2953528, eMail: stavros.dimas@cec.eu.int

Noch mehr Flüge in Frankfurt geplant: Bündnis ruft zu Einwendungen auf

Der Umweltverband BUND, das Bündnis der Bürgerinitiativen (BBI) und das Institut zur Abwehr von Gesundheitsgefahren durch Lärm (IAGL) rufen die Bevölkerung zu Einwendungen gegen den Frankfurter Flughafenausbau auf. Die Bürgerinnen und Bürger können sich bis zum 7. Mai gegen den Ausbau wenden. „Wer diese Frist nicht nutzt, hat jede Möglichkeit auf eigene Rechtsmittel verwirkt“, erläuterte der Leiter des IAGL Hartmut Wagner. Die Belastungen durch den Flughafenausbau seien viel größer als bisher angenommen, sagte BUND-Vorstandsmitglied Brigitte Martin. Nach der neuen Planung werden noch höhere Belastungen für Frankfurt, Darmstadt, Neu-Isenburg und acht weiteren Kommunen prognostiziert. Sechs Gemeinden im Süden und Nordwesten sind völlig neu betroffen. Eine kostenlose Mustereinwendung gegen den Flughafenausbau bietet das Bündnis auf seinen Internetseiten an. (mt)

BUND, Frankfurt/M., Thomas Norgall, Tel. 069 / 67737614, www.bund-hessen.de



Termine

Bundesweite Umwelt-Termine

...finden Sie hier.

Internationale Umwelt-Termine

...finden Sie in unserem EU-Rundschreiben (siehe vorletzte Seite in diesem Heft).

Diese und neuere Termine im Internet

...finden Sie unter www.dnr.de/termine (meist auch ausführlicher).

► DNR-Mitgliedsverbände, die dort selbst Termine veröffentlichen möchten, können sich bei info@dnr.de anmelden.

Weitere Terminseiten im Internet

...haben wir auf www.dnr.de/termin-links zusammengestellt, darunter spezielle Veranstaltungübersichten zu Energie, Gentechnik, Naturschutz, Verkehr und Wasser.

Ihre Umwelt-Termine

► ...von überregionalem Interesse mailen Sie bitte rechtzeitig in der hier üblichen Form an info-berlin@dnr.de

26.4., Oppenheim

Risikomanagement im Umwelt- und Arbeitsschutz

Fachkolloquium; Landesamt für Umwelt Rheinland-Pfalz
Tel. 06131 / 60331722
andreas.meuser@luwg.rlp.de
www.luwg.rlp.de

4.-6.5., Berlin

McPlanet.com 3.0 - Klima der Gerechtigkeit

Kongress; BUND, Greenpeace, Attac u. a.
Tel. 030 / 275864-96, -0, Fax -40
mcplanet@bund.net
www.mcplanet.com

8./9.5., Weimar

Wasserwirtschaft und demografischer Wandel

Dt. Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall (DWA), Hennef
Tel. 02242 / 8721-65, Fax -35
bergmann@dwa.de
www.dwa.de

9./10.5., Frankfurt/Main

Erobert die Natur die Stadt zurück? Freiraumentwicklung - Regionalparks, Siedlungsrückbau und Brachflächen

Fachtagung; Dt. Institut für Urbanistik (difu), Berlin
Tel. 0221 / 340308-0, Fax -28
difu@difu.de
www.difu.de

19./20.5., Halle/Saale

Kulturpflanzenvielfalt als Gemeingut

Europäisches Seminar; BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie; Europäisches Bürgerforum, Jürgen Holzapfel, Dargun/Meckl.
Tel. 039959 / 23881
ulenkrug@t-online.de
www.gmo-free-regions.org

31.5., Hannover

Energiepflanzenanbau und Naturschutzinteressen

Tagung; Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz, Schneverdingen
Tel. 05119 / 9890
nna@nna-niedersachsen.de
www.nna-niedersachsen.de

5./6.6., Berlin

Woche der Umwelt

DBU, Martin Schulte, Osnabrück
Tel. 0541 / 96339-40, Fax -90
www.wochederumwelt.de

8.-10.6., Poppau/Altmark

Fachseminar Strohballenbau

Fachverband Strohballenbau (FASBA), Ökodorf e.V.
Tel. 039000 / 51235
info@fasba.de
www.fasba.de

5./6.7., Gelsenkirchen

Erneuerbare Energien

Job- und Bildungsmesse; Wissenschaftsladen Bonn
Tel. 0228 / 2-01610, Fax -65287
info@jobmesse-ee.de
www.jobmesse-ee.de

5./6.7., Gelsenkirchen

Erneuerbare Energien: Job- und Bildungsmesse

Wissenschaftsladen Bonn, Wissenschaftspark Gelsenkirchen, Stadt Gelsenkirchen
Tel. 0228 / 201610
info@jobmesse-ee.de
www.jobmesse-ee.de (fh) ■

EU-Termine - deutsche Ratspräsidentschaft

EU-Ministerrats-Sitzungen unter deutschem Vorsitz (Auswahl)

April

26.-28.** Wettbewerb

Mai

7./8. Landwirtschaft/Fischerei

8. Wirtschaft/Finanzen

20.-22.** Landwirtschaft/Fischerei

21./22. Wettbewerb

23.-25.** Stadtentwicklung

30./31. Soziales/Gesundheit

Juni

1.-3.** Umwelt

5.* Wirtschaft/Finanzen

7./8.* Verkehr/Telekommunikation/Energie

11./12.* Landwirtschaft/Fischerei

28.* Umwelt

* in Luxemburg (sonst in Brüssel)

** informell

Plenarwochen/Plenartermine des Europäischen Parlaments

23.-26.4.

9./10.5.* , 21.-24.5.

6./7.6.* , 18.-21.6.

* in Brüssel (sonst in Straßburg)

Sitzungen des Umweltausschusses des Europäischen Parlaments

Mai: 2. n*, 3. v*, 7. n, 8. v+n

Juni: 4. n, 5. v, 25. n, 26. v+n, 27. v

v = vormittags 9-12.30 Uhr

n = nachmittags 15-18.30 Uhr

* = vorbehaltlicher Termin

Alle Sitzungen finden in Brüssel statt.

(mb) ■

• Weitere Informationen

www.europa-digital.de/aktuell/kalender

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft

(1.1.-30.6. 2007):

www.eu2007.de

Tagesordnungen und weitere Informationen zu den Plenarsitzungen des Europäischen Parlaments:

www.europarl.europa.eu/activities/expert/agenda.do?language=DE

Information und fachlicher Austausch

Aktuelle und kostenlose eMail-Nachrichten zu allen Öko-Themen

Aktuelle und unabhängige Nachrichten zu ökologischen Themen senden eine Reihe von Infodiensten kostenlos per eMail zu - von allgemeinen Umweltinformationen über gängige Bereiche wie Energie oder Gentechnik bis zu speziellen Angeboten etwa zu „grüner Beschaffung“ oder Öko-jobs. Eine von mehreren DNR-Verbänden zusammengestellte Übersicht von rund 50 solcher Dienste ist im Internet zugänglich.

www.dnr.de/umweltinfo

Wikipedia: Selbstorganisiertes Fachwissen in der freien Enzyklopädie

► Wikipedia, die freie Enzyklopädie im Internet, kann jede/r nutzen und mit eigenem Wissen ergänzen. Die Bedienung ist einfach. Seit Mai 2001 wurden über 500.000 Artikel in deutscher Sprache verfasst. Es gibt ein Portal „Umweltschutz“ mit verschiedenen Kategorien und Bereichen, das bereits viel Fachwissen zusammenfasst, aber auch noch Lücken aufweist. Fachleute aus Umweltverbänden und -institutionen sind aufgerufen, hier ihre besonderen Kenntnisse und Erfahrungen einzubringen.

www.de.wikipedia.org/wiki/Wikipedia:Willkommen

www.de.wikipedia.org/wiki/Portal:Umweltschutz

„Grünes Forum“: Umwelt-Diskussionsplattform im Internet

► In diesem partei- und verbandsunabhängigen Online-Forum können Meinungen und Informationen zu Umweltfragen aller Art ausgetauscht werden. Gegliedert ist das Forum nach Themen (Artenschutz, Bildung, Energie, Gentechnik, Klima, Meere, Naturschutz, Politik, Verkehr, Tierschutz, Wirtschaft) sowie nach Bundesländern.

www.gruenes-forum.net
(mb) ■

EU-Umweltpolitik verständlich: Unsere Sonderhefte

Meldungen und Kommentare zur europäischen und internationalen Umweltpolitik finden Sie im EU-Rundschreiben - der „Schwesterpublikation“ zum Deutschland-Rundbrief (siehe nächste Seite). Zusätzlich zu diesem erscheinen mehrmals im Jahr thematische Sonderhefte. Viele dieser Sonderhefte sind gerade für DRB-Leser/innen interessant: Sie bringen Licht in die Brüsseler Strukturen und zeigen, wie sich Umweltverbände auf europäischer Ebene effektiv und erfolgreich engagieren können.

Titel/Thema	Ausgabe
Brüsseler 1×1: Wie funktioniert die EU? (überarbeitete Neuauflage)	Extra
EU-Fonds für die Umwelt: Ein kritischer Leitfaden	I/2007
Memorandum zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft/10 Grüne Prüfsteine	Extra
Umsetzung von EU-Umweltrecht (in Vorbereitung)	11./12.06
Forderungen an den deutschen Vorsitz im Rat der EU und bei der G8	10.06
Rat und Tat in Brüssel: Alles über den Rat der Europäischen Union	08/09.06
Umweltschutz in den Beitrittsländern Bulgarien, Rumänien und Kroatien	07.06
Wohin geht die Reise? Tourismus auf dem Prüfstand	06.06
Europa nachhaltig entwickeln: Zum Stand der EU-Nachhaltigkeitsstrategie	05.06
Gefahr Grüne Gentechnik: Das Märchen von der Koexistenz	04.06
Wer schützt den Wald? Waldpolitik in Deutschland, in der EU und weltweit	02/03.06
EU-Dienstleistungsrichtlinie bedroht Daseinsvorsorge und Umweltrecht	01.06
Abschalten, umschalten, einsparen: Wohin steuert die Energiepolitik?	12.05
Marktwirtschaftliche Instrumente: Ökosteuern und Emissionshandel	11.05
Europa weiterdenken: Verfassungsdebatte als Chance nutzen!	10.05
Ihre Rechte in der EU-Umweltgesetzgebung: Ein Wegweiser	08/09.05
Für eine starke EU- Chemikalienpolitik ... alles über REACH	06/07.05
Die europäischen Umweltverbände: Ein Nachschlagewerk	05.05
Biodiversität, Zugang zu genetischen Ressourcen und Vorteilsausgleich	03/04.05
Sieben thematische Strategien für eine bessere Umweltpolitik	02.05
Die neue Europäische Kommission: Barrosos Team tritt an	01.05
Biodiversität auf der politischen Agenda: Ist die Vielfalt noch zu retten?	11/12.04
Europas Meere: Geschützte Vielfalt oder Müllkippe und Selbstbedienung?	09/10.04
Die Århus-Konvention: Mehr Rechte für Umweltverbände	08.04
Nachhaltigkeitsstrategien: Ökologisch, sozial und wettbewerbsfähig?	07.04
Das Transeuropäische Verkehrsnetz: Ist der Zug abgefahren?	06.04
Welche Energien brauchen wir?	05.04
Wasser: Globale Ressource - schützenswertes Gut	04.04
Umweltpolitik und Parteien in den neuen Mitgliedstaaten	02/03.04
Europäische Verfassung gescheitert?	01.04
Natura 2000: Vision und Umsetzung des europäischen Naturschutzes	12.03
Umweltverbände zur Europawahl 2004	11.03
Grüne Gentechnik: Verunreinigtes Saatgut, Verbraucherschutz, Aktionen	10.03
Die Regierungskonferenz zur EU-Verfassung	09.03
Die 5. WTO-Ministerkonferenz in Cancún	08.03
Europäische Chemikalienpolitik	07.03
Weltweite Regeln für globale Unternehmen	06.03
Europäische Umweltministerkonferenz Kiew 2003	04/05.03
Der Stand der EU-Erweiterung	03.03
Reformdebatten in der EU (2): Der Verfassungskonvent	02.03
Reformdebatten in der EU (1): Der EURATOM-Vertrag	01.03

Alle Sonderhefte können kostenlos im Internet heruntergeladen werden (PDF-Download, ca. 200-500 kB):

www.dnr.de/eur („Bisherige Ausgaben“) oder
www.eu-koordination.de („Publikationen“)

Inhalt des EU-Rundschreibens des DNR in diesem Monat

► Naturschutz- und Umweltpolitik wird in Brüssel gemacht: 80 Prozent des in Deutschland geltenden Umweltrechts gehen auf europäische Initiativen zurück. Unser EU-Rundschreiben ist das einzige deutsche EU-Umweltmedium. Probeexemplare erhalten Sie beim DNR in Bonn (siehe Seite 2). Probelesen und Bestellen im Internet: www.eu-koordination.de

Editorial

- Halbzeit

Global

- Deutsche Entwicklungshilfe gefährdet Wasserversorgung im Süden

EU-Präsidentschaft, G8-Vorsitz

- G8-Umweltminister in Potsdam: Keine „G8+5-Botschaft“
- G8-Dialog mit Zivilgesellschaft

EU-Politik, Recht

- Manifest für ein Neues Europa: Wettbewerb und Konkurrenz beenden
- EU-Frühjahrs Gipfel 8./9.3.: Wettbewerb, bessere Rechtsetzung, 50 Jahre EU
- Strategieplanung der EU-Kommission für 2008
- Neue EU-Ökosteuerdebatte
- Liste der EU-Sonderberater öffentlich
- Bürgererklärung zur Zukunft Europas

Abfall, Produktpolitik

- EU-Leitfaden für Abfall in Arbeit
- Globale Initiative gegen Elektroschrott
- Fehlende Ziele in thematischer Strategie zur Ressourcennutzung

Agrarpolitik, Gentechnik

- Ungarn darf Gentech-Pflanzen verbieten
- Europaparlament für eigenes EU-Öko-Label
- Illegaler Tiermehl-Export gestoppt
- Grüne im EU-Parlament warnen vor Biosprit

Chemikalien, Emissionen

- Pestizidnutzung gefährdet Kinder - EU soll Gebrauch reduzieren
- EU überprüft Richtlinie zu Luftschadstoffen
- Innenraumluftverschmutzung: Liste der wichtigsten Stoffe veröffentlicht

Energie, Klima

- EU-Gipfel verabschiedet neue Klima- und Energiepolitik
- Umfrage: EU-Bürger/innen wollen Klimaschutz
- Vorbereitungen für Emissionshandel bei Schiffsschadstoffen
- Ozonwerte gestiegen: Klimawandel bringt Sommersmog zurück
- Studie: FCKW-Verbot brachte mehr Klimaschutz als Kyoto-Protokoll

Naturschutz, Biodiversität

- Umweltverbände: Beteiligungsrechte bei Natura 2000 mangelhaft
- Biodiversität als Lebensgrundlage: NGOs begleiten Bonner Weltgipfel
- Bulgarien will FFH-Gebiete um ein Drittel verkleinern
- Nachhaltige Heilpflanzen-Sammlung

Verkehr, Tourismus

- EU-Grünbuch Stadtverkehr: Öffentliche Beteiligung dringend nötig
- Europäische Umweltagentur: Verkehrswachstum bedroht Klima
- Open-Sky-Abkommen EU - USA
- EU will Mindeststeuer für Kraftstoffe anheben

Wasser, Meere, Fischerei

- Weltrangliste bedrohter Flüsse
- Umweltausschuss fordert besseren Hochwasserschutz
- Konsultation zum EU-Fischereimanagement
- Welt-Fischerei-Report 2006: Meeresfisch-Bestände akut bedroht

Service

- Veröffentlichungen/Neu im Netz
- Termine
- EU-Gesetzgebungsverfahren
- Wegweiser: EU, EEB

Sonderheft

- EUR-Sonderheft: Energie und Klima

Verweise auf frühere Ausgaben

In einigen Artikeln wird auf vorangegangene Ausgaben verwiesen: „DRB 07.05“ weist z. B. auf Heft 7 des Deutschland-Rundbriefes im Jahr 2005 hin. Verweise auf das EU-Rundschreiben (siehe rechts) sind genauso gehalten, z.B. „EUR 11.05“. Alle älteren Ausgaben sind komplett im Internet zugänglich: www.dnr.de/drbb („Bisherige Ausgaben“).

Danksagung

Für das Verfassen von Beiträgen und die Bereitstellung von Informationen zu diesem Rundbrief danken wir allen Beteiligten, vor allem den Gastautor/innen, den Redaktions-Praktikant/innen sowie den Umwelt-Informationsdiensten, Verbänden und Institutionen, deren Meldungen verwendet wurden (siehe „Weitere Informationen“ unter jedem Beitrag). Besonderer Dank gilt dem unabhängigen Verbände-Informationssdienst www.ngo-online.de

Deutschland-Rundbrief im Internet

www.dnr.de/drbb

heißt die Internetseite des DNR-Deutschland-Rundbriefes. Dort finden Sie:

- die aktuelle Ausgabe mit Inhaltsverzeichnis, Editorial, Serviceteil und vier ausgewählten Beiträgen
- bisherige Ausgaben ab Januar 2000 als Volltext-Archiv (PDF-Dateien)
- Sonderhefte und Beilagen zu verschiedenen Umwelt-Themen

Gegen Rückporto können die Materialien auch zugesandt werden.

Tagesaktuell informiert per eMail

Für Rundbrief-Abonent/innen und Fachleute aus den DNR-Mitgliedsverbänden bieten wir kostenlos aktuelle eMail-Nachrichten an. Unter rund 50 Umwelt-Themen kann ausgewählt werden. Angebot und Bestellmöglichkeit: www.dnr.de/infoservice

Gastbeiträge willkommen

► Wir freuen uns auf Ihre umweltpolitischen Beiträge in Absprache mit der Redaktion. Beiträge von Gastautor/innen stimmen nicht in allen Fällen mit der Meinung von Redaktion bzw. Herausgeber überein. Die Redaktion behält sich vor, Beiträge zu kürzen und zu überarbeiten.

Unsere Zeitschriften zu internationaler Umweltpolitik

EU-Rundschreiben, Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung

Meldungen und Kommentare zur Umweltpolitik auf europäischer und internationaler Ebene finden Sie im EU-Rundschreiben des DNR (siehe vorhergehende Seite). Beiträge zur globalen Umwelt- und Entwicklungspolitik stehen im Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung, getragen vom DNR und mehreren Nord-Süd-politischen Organisationen. Wir senden oder mailen gern kostenlose Probeexemplare. Probelesen und Archiv im Internet: www.eu-koordination.de
www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe

DRB-Abo

Abonnieren Sie den Deutschland-Rundbrief des Deutschen Naturschutzrings

Ich bestelle den Deutschland-Rundbrief **ab Ausgabe:**

- als Privatperson**
- 41 Euro pro Jahr im eMail-Versand
 - 52 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft*
 - 57 Euro pro Jahr für das Heft* plus eMail

- für eine Organisation**
- 82 Euro pro Jahr im eMail-Versand
 - 103 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft*
 - 113 Euro pro Jahr für das Heft* plus eMail

* zzgl. 26 Euro Zusatzporto bei Auslandsversand

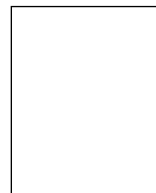
- als Förderabonnement**
- 180 Euro oder mehr pro Jahr - bitte Betrag und Bezugsart angeben: (Differenzbetrag zum Abonnement als Spende absetzbar)

- Zahlung per Bankeinzug** Geldinstitut:
Bankleitzahl:
Kontonummer:
- gegen Rechnung** an die oben angegebene / folgende Adresse:

Absender/in

Vorname, Name:
ggf. Organisation:
ggf. Funktion:
Straße/PF:
PLZ, Ort:
Tel./Fax:
eMail:

DRB-Abo



Deutscher Naturschutzring
Redaktion Deutschland-Rundbrief
Prenzlauer Allee 230
10405 Berlin